

zoon politikon nr.4 / februar '99  
darmstädter studierendenzeitschrift

Das Führerproblem, genetisch betrachtet

Als Gott am ersten Wochenende  
die Welt besah, und siehe, sie war gut,  
da rieb er sich vergnügt die Hände.  
Ihn packte eine Art von Übermut.

Er blickte stolz auf seine Erde  
und sah Tuberkeln, Standard Oil und Waffen.  
Da kam aus Deutschland die Beschwerde:  
"Du hast versäumt, uns Führer zu erschaffen!"

Gott war bestürzt. Man kann 's verstehn.  
"Mein liebes deutsches Volk", schrieb er zurück,  
"es muß halt ohne Führer gehn.  
Die Schöpfung ist vorbei. Grüß Gott. Viel Glück."

Nun standen wir mit Ohne da,  
der Weltgeschichte freundlichst überlassen.  
Und: Alles, was seitdem geschah,  
ist ohne diesen Hinweis nicht zu fassen.

*(Erich Kästner)*

## Inhaltsverzeichnis

<b>Das Wahlmenü ausgespieen</b> <i>(Michael Enderlein)</i>	2
<b>Aktionsbündnis für eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts</b> <i>(Andreas Klärner)</i>	4
<b>Einbürgerung, "doppelte Staatsangehörigkeit", Krieg und Frieden</b> <i>(Helmut Dahmer)</i>	6
<b>Kuba und die Globalisierung</b> <i>(AStA-Menschenrechtsreferat)</i>	8
<b>Weg mit dem falschen Leben</b> <i>(AStA-Menschenrechtsreferat in Zusammenarbeit mit dem Referat für Kritische Wissenschaft Ruhr-Uni-Bochum)</i>	10
<b>Internationalismus</b> <i>(AStA-Menschenrechtsreferat)</i>	11
<b>the big brother is watching you</b> <i>(Reinhard Heil)</i>	12
<b>denken müssen nicht wollen - Walsers Schande</b> <i>(Marc Ziegler)</i>	14
<b>Martin Walser, Lesung in Darmstadt</b> <i>(Thomas Trebing)</i>	16
<b>"Wählt uns nicht in den Konvent!"</b> <i>(Marcus Gottsleben)</i>	18
<b>Unternehmen Zukunft?!</b> <i>(Thilo Klinger)</i>	20
<b>Studieren in Spanien</b> <i>(Matthias Englert und Silvester Lo Sardo)</i>	21
<b>Über Leichen zum Examen? Tierversuche im Biologie-, Medizin- und Tiermedizinstudium</b> <i>(SATIS e.V.)</i>	23

# DAS WAHLMENÜ AUSGESPIEEN

– VON MICHAEL ENDERLEIN –

Vom 18.01.99 bis 21.01.99 fanden an der TUD Hochschulwahlen statt. Die Ergebnisse der Wahl zum Stupa, dem Studierendenparlament, bieten leicht verdauliche Kost, da, im Gegensatz zum Vorjahr, nur geringe Änderungen zu konstatieren sind. Auf den Magen schlagen muß jedoch die Wahlbeteiligung, die eine ernsthafte Analyse zur Farce verkommen läßt.

## Wahlkampf:

“Hai frißt Dackel” oder “Jusos inside” - Blickfänger, Verlegenheitsschüsse oder verdichtetes Programm? Im Zweifel die günstigsten Telefentarife oder internationales Werben. Und: Hessisches Hochschulgesetz und Kapitalismus können undiskutiert nicht gestürzt werden.

Im Vergleich mit anderen Hochschulen blieb der Wahlkampf in Darmstadt, mit wenigen Ausnahmen, auf ähnlich mäßigem Niveau. Die Intensität allerdings der Materialschlachten anderswo wird vor Ort nicht annähernd erreicht.

Bemerkenswert die Leistung, sich im Wahlkampf auszuschweigen: Von den sieben zum Stupa kandidierenden Listen wollten oder konnten nur vier ein Häppchen in der Wahlzeitung der TUD anbieten. Liste Odenwald, Internationale Liste und UDS

machten mit Namen Appetit. Entgegen dem eigenen Anspruch kamen dann Jusos, RCDS, FACHWERK und LSD doch eher altbacken daher, d.h., vieles war schon aus früheren Wahlzeitungen bekannt.

## Wahlbeteiligung:

Von Magerkost zur Magersucht. Lediglich 14,6% der Studierenden spielen noch mit.

Ein Blick ins Archiv: Vor zwanzig Jahren, bei den Hochschulwahlen vom 18.06. bis 21.06 1979, fanden sich noch 34,6% zur Wahl befähigt.

Zwanzig Jahre ließen also die Wahlbeteiligung um zwanzig Prozent sinken - das klare Zahlenspiel verheißt die Null in fünfzehn Jahren.

Durchaus unterschiedlich präsentierten sich die einzelnen Fachbereiche. Allen voran das stolze Kollektiv der Mathematiker und Mathematikerinnen. Die Beteiligung lag hier bei 33,94% (was den gewählten VertreterInnen im Fachbereichsrat hoffentlich den Rücken stärkt). Das Schlußlicht bei der Wahlbeteiligung ist erwartungsgemäß der Fachbereich 2, sind doch darin die kritischen Geister beheimatet, die Politik, Soziologie, Philosophie u.a. studieren.

Hochschulwahlen 18. – 21. Januar '99

# Hai frißt Dackel

# FACHWERK

Stupa Liste 5

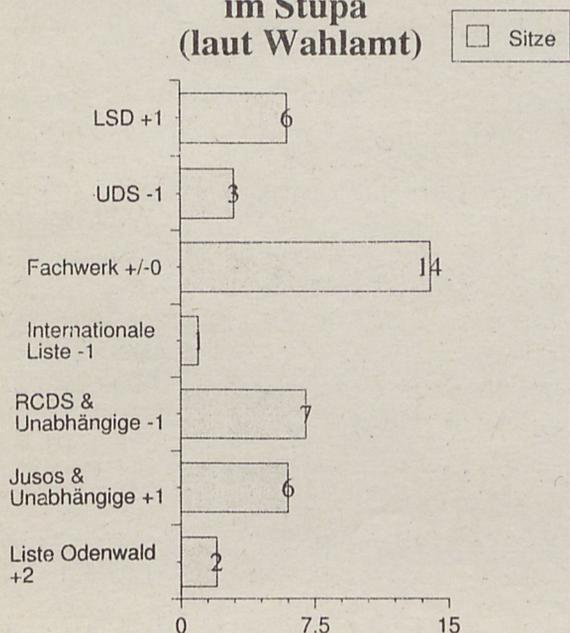
Im einzelnen:

FB 1:	Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	18,56%
FB 2:	Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften	7,72%
FB 3:	Erziehungswissenschaften, Psychologie, Sport	8,16%
FB 4:	Mathematik	33,94%
FB 5:	Physik	19,26%
FB 6:	Mechanik	10,91%
FB 7:	Chemie	14,95%
FB 10:	Biologie	20,37%
FB 11:	Geowissenschaften und Geographie	13,33%
FB 12:	Vermessungswesen	20,47%
FB 13:	Bauingenieurwesen	12,48%
FB 15:	Architektur	10,72%
FB 16:	Maschinenbau	18,38%
FB 18:	Elektrotechnik und Informationstechnik	14,02%
FB 20:	Informatik	12,92%
FB 21:	Materialwissenschaft	30,96%

Sicherlich könnte man sich Gedanken machen über politische Gründe der Wahlenthaltung, über geringe Mitbestimmungsrechte von Studierenden an Hochschulen, über das Unpolitische im Zoon politikon, über die Struktur der TU, über große und kleine Fachbereiche, über studentische Selbstverwaltung und Identifikationsmuster, über... Sicherlich, man könnte.

Wer soll dies leisten, und wichtiger noch, da Interesse nur schwer festzustellen, für wen. Doch nicht moralisierend soll hier das Betteln weiterbetrieben werden - also: Haltet Euch zurück! Mit den Worten eines bekannten Schalkers gesprochen: "Die Null muß stehen!"

### Vorläufige Sitzverteilung im Stupa (laut Wahlamt)



Die Änderungen zum Vorjahr sind den Listennamen angefügt.

### Zum Politischen der Faktizität:

**Liste Odenwald:** Aus dem Stand auf 6% der Stimmen gesprungen. Die Frage blieb aber bisher unbeantwortet (außer einigen programmatischen Andeutungen auf der Web-site), wo diese Liste zu verorten ist. Spaßfraktion mit provinziellem Charme? Immerhin zwei Sitze im Stupa.

**Jusos und Unabhängige:** Mit dem Schröder-Bonus zum sechsten Sitz im Parlament, bietet sich den drei VertreterInnen im AStA die Möglichkeit, auch weiterhin in der "Mitte-Links-Koalition" mitzumischen und die durchaus anerkennenswerte Arbeit im Bafög- und Sozialreferat des AStA weiterzuführen.

**RCDS und Unabhängige:** Nicht nur bundes- sondern auch hochschulpolitisch befindet sich die Christdemokratie im Tief. Personelle Probleme und ein eher zurückhaltender Wahlkampf lassen die Härte im Oppositions-Alltag erkennen. Ein Stupa-Mandat verloren.

**Internationale Liste:** Ebenfalls ein Sitz weniger. Rächen sich hier die formelhaft vorgetragene internationalistischen Losungen oder bricht die Klientel an der TUD weg? Im AStA-Menschenrechtsreferat jedenfalls deutlich sachbezogenere Politik als in den Jahren zuvor.

**FACHWERK:** Von FACHWERK lernen heißt SIEGEN lernen! FW stellt die größte Anzahl der AStA-ReferentInnen und die größte Stupa-Fraktion und versucht auch an der Uni die heterogene Linke zu einen. Traditionelle Anbindung an die Fachschaften. Doch Vorsicht vor der bloßen Verteidigung von Pfründen.

**UDS:** Die Liste der Verbindungsstudenten an der TU. Kaum wahrnehmbar im hochschulpolitischen und Wahlkampf-Alltag, deshalb nur noch drei Sitze im Stupa.

**LSD:** Zweitgrößte Oppositionsliste im Stupa. Von konservativ bis liberal wird hier die Rolle des AStA-Widersachers am agilsten ausgefüllt. Dank für die Telefongebührenliste auf den Wahlflugis, Information pur.

# AKTIONSBÜNDNIS FÜR EINE REFORM DES STAATSBÜRGERSCHAFTSRECHTS

Das "Aktionsbündnis" hat sich am 15.1.1999 gegründet. Wir sind eine Gruppe von parteiunabhängigen, demokratischen Studierenden. Anlaß zur Gründung war die Unterschriftenkampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Das Mittel der Unterschriftensammlung ist im politischen Prozeß an sich legitim, genauso legitim ist es auch, daß CDU/CSU nach der verlorenen Bundestagswahl 1998 versuchten, wieder in die öffentliche Diskussion zu kommen. Dies jedoch auf Kosten der "nicht-deutschen" Minderheit in diesem Land zu tun ist keinesfalls legitim und zutiefst schäbig.

Wenn Edmund Stoiber proklamiert, die angestrebte Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, unter Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft, gefährde "die Sicherheit in Deutschland mehr als der Terrorismus der Roten Armee Fraktion (RAF) in den siebziger und achtziger Jahren", wenn er einen Zuzug von "Hunderttausenden" AusländerInnen nach Deutschland herbeiphantasiert (FAZ, 3.1.99, S.1), dann hat dies mit Aufklärung und einer redlichen und rationalen politischen Diskussion nichts mehr zu tun. Daß Stoiber "die assoziative Verknüpfung von 'Volksbefragung' und 'Volkszorn' nicht weiter stört" (FAZ, 4.1.99, S.1) ist die Bestätigung aus eigenem Munde. Die Unterschriftenkampagne der CDU/CSU weckt und nährt die mehr als tausend Jahre alten deutschen Ängste vor Überfremdung, einem "Volk ohne Raum", und einer fremden, übermächtigen, inneren und äußeren Bedrohung.

Die Unterschriftenkampagne von CDU/CSU wird auch dadurch nicht christlicher, daß sie mit "Ja zur Integration" überschrieben ist. Wer sich in der Nähe der CDU-Stände aufgehalten hat, konnte die Frage "Wo kann man denn hier gegen die Ausländer/Türken unterschreiben" nicht nur vereinzelt hören. Die Ängste der Unterzeichner (meist ältere Herrschaften), daß zum Beispiel "ein Kalif Bundeskanzler" werden könne, sind enorm (TAZ, 18.1.99, S. 7). Die Argumente gegen die doppelte Staatsbürgerschaft sind dementsprechend zwingend, denn schließlich sperrt man im Zoo "ja auch nicht Frosch und Storch zusammen" (FAZ Rhein-Main, 23.1.99, S. 75). Die "Massen" die an den Unterschriftenständen doppelt und dreifach unterschreiben (kontrolliert eigentlich jemand die von der CDU

bekanntgegebenen Zahlen?) haben die Aktion längst zu einer "Volksabstimmung gegen Ausländer" gemacht.

Niemanden braucht es zu wundern, wenn die 'empörte Volkseele' die Menschen am Infostand von Bündnis 90/ Die Grünen "kompostieren" und Gegendemonstranten "vergasen" will - wie in Darmstadt am Unterschriftenstand der CDU auf dem Luisenplatz. Niemanden braucht es zu wundern, wenn die "kämpfende Avantgarde des Volkswillens", die Neo-Nazi-Schläger, ihren Begriff des Deutschen noch verstärkter in die Tat umsetzt.

Die Geister, die sie riefen werden CDU und CSU so schnell nicht mehr los. Wenn das nächste Wohnhaus von Türken wieder brennt, wenn der nächste Schwarze aus der S-Bahn gestoßen wird, beim nächsten Pogrom a la Rostock und Hoyerswerda werden die Verantwortlichen wieder sagen: "Das haben wir aber nicht gewollt, damit haben wir nichts zu tun."

Den Anfängen brauchen wir nicht mehr zu wehren, die sind längst gemacht!

Für das Bündnis: Andreas Klärner

Mit unserer Unterschriftensammlung (s. nächste Seite) gegen die Kampagne der CDU/CSU wollen wir dokumentieren, daß es an der TU und in Darmstadt genügend Menschen gibt, die mit dieser Kampagne nicht einverstanden sind.

Ohne die Unterstützung durch die Medien, mit geringstem finanziellen und bescheidenem personellen Aufwand ist es uns gelungen, innerhalb einer Woche an der TU Darmstadt und in vier Stunden auf dem Luisenplatz über 1000 Unterschriften zu sammeln.

Wenn Ihr auch gegen die Art und Weise seid, in der CDU/CSU die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts thematisieren und auf die Straße bringen, dann verbreitet diesen Aufruf, unterschreibt ihn und sendet ihn an die Kontaktadresse oder bringt ihn einfach im AStA der TUD vorbei.



# EINBÜRGERUNG, “DOPPELTE STAATSANGEHÖRIGKEIT”, KRIEG UND FRIEDEN

– VON HELMUT DAHMER –

Gemäß dem noch immer geltenden, “völkisch” orientierten Staatsangehörigkeitsrecht aus dem Jahre 1913 werden in der Bundesrepublik nur denjenigen Menschen die vollen staatsbürgerlichen Rechte eingeräumt, die von deutschen Eltern abstammen. Solche Menschen, so will es der fortgeltende deutsche Aberglaube, seien durch ein mystisches Band gemeinsamen “Blutes” enger miteinander verbunden als Geschäftspartner, Freunde, Liebende, die verschiedenen Ethnien angehören. Eine Sprache kann man lernen, in die Kultur eines Volkes kann man sich einleben. Vom deutschen “Blut” aber bleiben Nicht-Blutsbrüder, von den Schwestern ganz zu schweigen, in alle Ewigkeit ausgeschlossen. Es ist dies ein ganz besonderer Saft, gefährlich wie Napalm. Für die “Reinhaltung” dieses “Blutes”, das heißt: für die Verteidigung der Exklusivrechte der Bluts-genossen, sind in Deutschland Hekatomben von Menschenopfern gebracht worden. Grund genug, dies Stammesritual am Ende des 20. Jahrhunderts abzuschaffen.

## Das Donnern der dumpfen völkischen Trommeln

CDU-CSU und ihre Wähler haben bisher jede Reform des antiquierten Staatsbürgerschaftsrechts, eines Relikts des “deutschen Sonderwegs”, blockiert. Sie haben die Ausgrenzung von Millionen zugewanderten Neubürgern in Kauf genommen und wundern sich heute über deren Reaktion – die Bildung kultureller Sondernilieus. Kaum rüttelt der neue Innenminister Schily am alten Ausgrenzungs-Abstammungsrecht, entdeckt auch die neue Opposition die “Integration” als ihre Herzensangelegenheit. Was aber ist ein “gut integrierter Ausländer”? “Er muß mit anderen Teilen unserer Gesellschaft und unserer Lebenswirklichkeit zusammenleben”, sagt uns der CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble. “Und er sollte sich nicht in ein Ghetto zurückziehen, in dem

beispielsweise nur eine türkische Minderheit lebt.”<sup>1</sup> Die heutigen Sammler von Unterschriften (gegen die “doppelte Staatsbürgerschaft”) haben in den vergangenen Jahrzehnten Millionen von eingewanderten “Blutsfremden” zu Bürgern zweiter Klasse gemacht und ihre Hände in Unschuld gewaschen, als in den neunziger Jahren dann die “ausländerfeindlichen Wellen” über das Land hinweggingen. Jetzt sind sie abgewählt. Die neue, rotgrüne Regierung tut mit der bedingten Zulassung einer “doppelten” Staatsangehörigkeit den ersten, zögernden Schritt zur Heilung eines alten Unrechts, zur Modernisierung des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts. Die Opposition sagt nun, auch sie erstrebe die Integration “als Ziel”. Doch sie verwirft die Mittel, die allenfalls zur “Integration” verschiedenartiger Ethnien mit unterschiedlichen Kulturen führen könnten, zum Beispiel die “doppelte” Staatszugehörigkeit, die eine Brücke zur “Integration” schlägt. “Ich sage, Moschee ja, Muezzin nein”, sagt Schäuble.<sup>2</sup> Die neue Opposition kommt mit ihrer Wahlniederlage nicht zurecht. Nun zieht sie die letzte, die völkische Karte, appelliert an den Stamm der Alteingesessenen, hofft auf “die größte Bürgerinitiative, die Deutschland je erlebt hat”<sup>3</sup>. “Hart durchgreifen!”, heißt die CDU-Parole im hessischen Wahlkampf. Schon donnern die dumpfen völkischen Trommeln. Die aber bringen nicht nur den Wahlkampf “in Schwung”!

Es gebe nur “wenige Themen, die von vergleichbarer Dramatik sind”, meint Schäuble. Sein bayrischer Kollege und Konkurrent Stoiber, berühmt für seine flotten Sprüche, hat ihn freilich längst überboten. Stoiber sagt, die doppelte Staatsbürgerschaft sei eine größere Gefahr für den inneren Frieden der Republik als einst die terroristische “Rote Armee Fraktion”. Man denkt an den “heißen Herbst” des Jahres 1977 und wundert sich. Doch Stoibers Botenschaft kommt an. Er sieht in der neuen Politik, die

<sup>1</sup>“Nicht die Union, sondern die Bundesregierung Schröder spaltet das Volk.” Doppelte Staatsbürgerschaft und Unterschriftenaktion, islamischer Religionsunterricht und der Muezzin: Fragen an den CDU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble.” *Frankfurter Allgemeine*, 17.1.1999, S. 3.

<sup>2</sup>A.a.O.

<sup>3</sup>So der CDU-Landtagsabgeordnete Frank Lortz aus Seligenstadt. “Unterschriftenaktion bringt Wahlkampf ‘in Schwung’.” CDU-Landtagskandidaten Hermanns, Hoff und Lortz wehren sich gegen ‘Tabuisierung’”. *Frankfurter Allgemeine*, 21.1.1999, S. 58.

Millionen von "inländischen Ausländern" das Leben leichter machen könnte, eine Kriegserklärung der Rotgrünen an die altdeutschen Stammesbrüder, die Stammwähler der christlichen Parteien. Und er übersieht, daß längst schon "Krieg" herrscht. Wie einst der Kanzler Kohl, der "dem Ausland" nach jeder neuen "Ausschreitung" versicherte, die Bundesrepublik sei "ein ausländerfreundliches Land", ignoriert der CSU-Vorsitzende und Landesvater, daß Tag für Tag und Jahr um Jahr eine terroristische Minderheit, die nach Zehntausenden zählt und sich als Vorhut der schweigenden Mehrheit versteht, mit Baseballschlägern und Benzinflaschen loszieht, um ihr "Doitschtum" zu verteidigen, "Kanaker zu klatschen" und auf jüdischen Friedhöfen mit bösen Geistern zu kämpfen. "Integration durch Einbürgerung" "ist das letzte Mittel, zu entschärfen, was über Jahrzehnte an Ablehnung, Ignoranz und Abgrenzung zwischen Deutschen und Türken gewachsen ist. Das Verhältnis zwischen den deutschen Deutschen und den deutschen Ausländern riecht chronisch nach Gewalt."<sup>4</sup> Höchste Zeit also, die Spannung zwischen den Mitbürgern, denen die Staatsbürgerrechte vorenthalten werden, und den Stammbürgern mit den Exklusivpässen und den Exklusivrechten zu mildern, höchste Zeit für eine befriedende Ausländerpolitik.

### "Deutschland erwacht an den Info-Ständen der CDU"

Stoiber und Schäuble aber gießen Öl ins glimmende Feuer des Ressentiments, das den Ausländern gilt. Beide gehen mit ihrer Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft auf Dummen- und Stimmenfang. Doch glauben sie, was sie sagen, denn sie sind selbst in der Wolle gefärbte Deutschnationale: "Wir schöpfen unsere Identität nicht aus dem Bekenntnis zu einer Idee, sondern aus der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volk", sagt Schäuble.<sup>5</sup> Da ist es wieder, das altdeutsche Ressentiment gegen "den Westen", der sich (nur) auf "Ideen" beruft, der Widerwille gegen einen "Verfassungs-Patriotismus", der, wie im Nachbarland Frankreich, jeden als "zugehörig" akzeptiert, der bekundet, daß er in einem Lande leben will, in dem man, statt die Menschen nach "Blut" und Farben zu sortieren, auf "Ideen", auf "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" setzt. Wer aber mit solchen "Ideen" nichts am Hut hat, schwört auf die Illusion der Abstammungsgemeinschaft. Und wer sonst wenig hat, worauf er stolz sein könnte, ist immerhin doch darauf stolz, ein Deutscher zu

sein. Darum floriert die Unterschriftensammlung. Deutschland erwacht an den Info-Ständen der CDU. "Es war den Leuten ein Bedürfnis, einfach zu unterschreiben, kein Mensch hat nach einem detaillierten Text gefragt."<sup>6</sup> Den Text gibt es inzwischen. So fiktiv die Nation, so klar sein Gebot: "Keiner kann", "jeder muß"! Aber was? "Keiner kann auf Dauer in zwei Heimaten leben", "Jeder muß sich entscheiden – für ein Vaterland."<sup>7</sup>

Weltbürgertum? Heimat ohne Grenzstein? Nach einem Jahrhundert der Deportationen und der ethnischen Säuberungen, der Ausbürgerungen und der Nicht-Einbürgerungen, der erzwungenen Emigrationen und der Flüchtlingsströme weiß ein jeder, daß Staatenlose vogelfrei sind, daß die Fremde das Elend ist. Darum klammern so viele sich an die eine Staatszugehörigkeit, die ihnen in den Schoß gefallen ist. Sie wird zum summum bonum, zum Versicherungsschein gegen völlige Entrechtung. Und solange die Staatsbürger eine Menschengruppe vor Augen haben, der nicht einmal die Plastikkarte zugestanden wird, die ihr die Zugehörigkeit zu dem Staat bescheinigt, in dem sie lebt, werden sie sich mit der fiktiven Nation und dem längst mediatisierten Nationalstaat verwechseln.

### "Kebab und Klöße, Adenauer und Atatürk"

Jetzt ist das Publikum gefragt, das sonst zu allem ja und amen sagt. Leute, die weder der Vietnamkrieg noch die "Nachrüstung", weder der Fallout von Tschernobyl noch das brennende Asylbewerberheim in Rostock zu öffentlichem Protest motivierten, fühlen sich jetzt aufgerufen, die Not der Nation und ihre eigene zu wenden, durch ihre Unterschrift die Fremden auf Distanz zu halten. Die sollen hier nicht heimisch werden. Die Unterzeichner fürchten selbst das Elend in der Fremde. Und weil sie sich vor diesem Elend fürchten, fürchten sie auch die Fremden, diese Herolde einer Heimatlosigkeit, die allen droht. Diesmal will die SPD (im Bunde mit den Grünen) den deutschen Arbeitnehmern nicht nur ihre Villen im Tessin wegnehmen, sondern auch das nationale Stützkorsett, das vielen von ihnen Halt gibt. Die Fremden sollen heimisch werden wie unsereins und ihren Identitätshunger gleich an zwei Krippen stillen dürfen. Von der guten Nationalspeise, die Leib und Seele zusammenhält, bekommen sie künftig die doppelte Portion: Kebab und Klöße, Adenauer und

<sup>4</sup>Darnstädt, Thomas, Carolin Emke, Georg Mascolo (1999): "Der Kampf um die Pässe." *Der Spiegel*, 11.1.1999, S. 27.

<sup>5</sup>Schäuble, zitiert nach Andresen, Karen und Martina Hildebrandt (1999): "Korsett aus Kreuth. Unterschriftenaktion gegen Doppel-Paß, kein Geld für den 'Sozialismus in Ostdeutschland' – die CSU profiliert sich gegen die CDU als wahre Opposition." *Der Spiegel*, 11.1.1999, S. 30.

<sup>6</sup>So der Limburger Parteichef und Landtagsabgeordnete Helmut Peuser. Zitiert nach Pieper, Dietmar (1999): "Im Laufschrift zur Wurst." *Der Spiegel*, 18.1.1999, S. 28.

<sup>7</sup>Text des hessischen CDU-Flugblatts zur Unterschriften-Aktion. Zitiert nach Pieper, a.a.O.

Atatürk, zwei Fahnen, zwei Armeen und zwei Hymnen. Und sollte es bei uns mal wieder schief gehen, dann können die Doppelstaatler weg, wir aber nicht... Darum braucht keiner einen Text am Info-Stand, denn alle kennen schon den Text im Text: "Ihr saugt uns aus, das Boot ist voll."<sup>8</sup>

Allerlei, zeigt sich, kommt nun in Schwung. Für die andere aktive Minderheit aber, die vor Jahren mit Lichterketten demonstrierte und den Schluck aus der nationalen Flasche nicht braucht, um mit sich zufrieden zu sein, kommt es jetzt darauf an, in der Volksversammlung, die von den Unterschriftensammlern einberufen wurde, das Wort zu ergreifen und zu ver-

suchen, "dem unsinnigen Wüten des Ressentiment ein Ende zu machen"<sup>9</sup> und die Mehrheit für sich zu gewinnen. Welche Mehrheit? Die Mehrheit, die längst nicht mehr für's Vaterland lebt, geschweige denn willens ist, nach Urgroßväterart dafür zu sterben, der der Euro so lieb ist wie die Mark, der Kreditkarten wichtiger sind als Pässe und die weiß, daß es besser ist, von dergleichen Papieren mehr als nur eines zu haben.

Erst wenn keiner mehr glaubt, man könne und müsse Menschen nach Herkunft und Nationalität sortieren und bewerten, liegen die Schrecken des 19. und des 20. Jahrhunderts hinter uns.

## KUBA UND DIE GLOBALISIERUNG

– AStA-MENSCHENRECHTSREFERAT –

„Globalisierung“ ist die *Ideologie* zum politischen Anspruch der USA und ihrer G-7-Partner/Konkurrenten, die ganze Welt habe sich den kapitalistischen Grundrechenarten zu unterwerfen:

Produziert soll nur werden, was Gewinn abwirft; Arbeit gibt es nur, wenn sie kapitalistischer Akkumulation dient, alle Naturschätze haben diesem Zweck zur Verfügung zu stehen. Was den Profit behindert, hat als „unökonomisch“ abgeräumt zu werden. Die Durchsetzung dieses Anspruchs wurde während des Kalten Krieges von der Sowjetunion in ihrem Machtbereich politisch verhindert, in der Dritten Welt durch ihr Angebot alternativer Entwicklung gelegentlich gebremst.

Nach der Selbstkritik der Sowjetunion, ihr realer Sozialismus sei ineffektiv, und der daraus folgenden Aufgabe ihres "Weges zum Sozialismus und Kommunismus" gilt der Kapitalismus als einzig und die Demokratie der führenden imperialistischen Staaten als das Herrschaftssystem, das der Menschennatur gemäß sei. Die Forderung nach ungebremster Ausbreitung des Kapitalismus wird seither als *universale Tendenz* - als *Sachzwang* - dargestellt, gegen die sich aufzulehnen ein untrügliches Kennzeichen von Ideologie sei, die sich dem ökonomischen Sachverstand versagen.

1.

Fast überall auf der Welt fordern die USA "Globalisierung" - eine der wenigen Ausnahmen ist Kuba. Dieser Insel wollen sie so lange normale Wirtschaftsbeziehungen vorenthalten, wie Castro und seine Partei an der Macht sind.

2.

Mit diesem Boykott treffen sie Kuba erst seit dem Ende des "sozialistischen Lagers" existentiell. Kuba hatte sich nach der Bedrohung seiner Revolution durch die USA in den 60er Jahren aus gutem Grund aus dem kapitalistischen Weltmarkt ausgeklinkt und mit sowjetischer Hilfe seinen Sozialismus entwickelt. Es ist dadurch der "Karriere" der anderen Länder der Dritten Welt entgangen, deren Versuch, sich mittels Weltmarktbeziehungen zu entwickeln, mit der sogenannten *Schuldenfalle* endete, die sie dazu zwingt, sämtliche Reichtümer, über die sie verfügen, für den Schuldendienst zu verpfänden.

3.

Seit der Selbstauflösung des sozialistischen Lagers befindet sich Kuba in der Notlage, daß es auf dem eigenen Territorium die Mittel weder vorfindet noch herstellen kann, die es braucht, um das erreichte Entwicklungsniveau auch nur zu halten. Kuba muß sich seither sämtliche Ressourcen, über die es nicht

<sup>8</sup> A. a. O.

<sup>9</sup> Nietzsche, Friedrich (1887): *Zur Genealogie der Moral*. Eine Streitschrift. Zweite Abhandlung, Aph. 11.

verfügt, auf dem Weltmarkt durch Handelsbeziehungen beschaffen.

4.

Das entscheidende Hindernis dafür war und ist der Mangel an international anerkannten Zahlungsmitteln, Devisen, an die Kuba nur durch Export von Waren gelangt, die auf dem Weltmarkt absetzbar sind. Da Kuba jedoch wegen seiner anders gearteten früheren Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ostblock nicht über die Kapazitäten und Hilfsmittel einer Produktion für den Weltmarkt verfügt, sieht es sich auf die wenig uneigennützig Hilfe kapitalistischer Staaten angewiesen, die sich trotz des Boykotts und der Schadenersatzdrohungen der USA dazu bereit finden, Kuba Mittel für den Aufbau einer Exportwirtschaft und einer Tourismus-, „Industrie“ zu liefern.

5.

Eine Reihe von kapitalistischen Staaten Europas und Amerikas haben die Notlage Kubas als Gelegenheit entdeckt, ihren Unternehmern diese Insel für profitable Geschäfte zu öffnen. Diese Staaten nutzen die Angewiesenheit Kubas auf „normale Wirtschaftsbeziehungen“ aus, um immer neue Freiheiten für Investoren zu erpressen. Damit fordern sie zugleich, daß Kuba immer mehr von den Schranken und Regelungen beseitigt, mit denen es versucht, möglichst viel von seinem Sozialismus zu retten.

6.

Während die EU und Kanada von Kuba verlangen, sich den „Sachzwängen der Globalisierung“ zu fügen, verschärfen die USA ihr Embargo, um Kuba von eben dieser „Globalisierung“ auszuschließen, weil sie wissen, daß „Castros Regime“ auf Gedeih und Verderb auf derartige Außenwirtschaftsbeziehungen angewiesen ist: Mit dem Helms-Burton-Gesetz drohen sie den Geschäftsleuten aus der EU und Kanada an, jegliche Investitionstätigkeit in Kuba zum unkalkulierbaren Risiko zu machen.

7.

Es geht den USA also nicht „einfach nur“ darum, Kuba wieder kapitalistischer Geschäftstätigkeit zu öffnen -darüber könnten sie nach dem Vorbild Spaniens, Kanadas usw. mit Castro schnell handelseinig

werden -, diese Insel soll vielmehr wieder der Einflußsphäre der USA zugeordnet, wieder zum „Hinterhof“ der USA werden.

D.h.: Jegliche künftige Regierung Kubas soll ihre Macht den USA verdanken und sich in ihrer Machtausübung auf die Interessen der Weltmacht ausrichten.

8.

Dieses Ziel streben die USA neuerdings auf zwei Wegen an: Entweder durch den gewaltsamen Sturz des „Castro-Regimes“ oder durch dessen freiwillige Kapitulation. Für die erste „Lösung“ finanzieren sie weiterhin das kubanische Exil in Miami und halten sich derart eine jederzeit mobilisierbare Ersatzregierung, die alle ihre Mittel aus Washington bezieht und sich daher aus Eigeninteresse der US-Macht verpflichtet weiß. Als Alternative bot Clinton einer „reformbereiten“ kubanischen Regierung „ohne die Castro-Brüder“ eine milliardenschwere „Hilfe für einen demokratischen Wandel“ in Form von verzinslichen Krediten an, wenn sie die Ansprüche der enteigneten Alteigentümer und ihrer Erben auf Rückgabe ihres Eigentums und Entschädigung für über 30 Jahre entgangene Gewinne samt Zinsen bedingungslos anerkennen würde. Kuba würde dadurch zum Schuldnerland, dessen Reichtümer auf unabsehbare Zeit für den Schuldendienst an die USA verpfändet wären und das gar nicht mehr anders könnte, als seine Politik an den Interessen der USA zu orientieren.

9.

Mit dem erpresserischen Angebot der EU und Kanadas, Kuba beim Aufbau einer vom Weltmarkt abhängigen und für profitable Investitionen geeigneten Wirtschaft zu „helfen“, und der Kapitulationsforderung der USA sieht sich Kuba Alternativen ausgeliefert, die beide auf dasselbe hinauslaufen: Kuba hat seinen Sozialismus aufzugeben. Von Castro und seiner Partei wird verlangt, entweder - *Version EU/Kanada* - auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen und Kuba zu einem normalen Dritte-Welt-Land zu „entwickeln“ oder - *Version USA* - bedingungslos abzutreten und das Land wieder zum „Hinterhof“ der USA werden zu lassen.

10.

Die Konsequenzen beider Perspektiven sind in den anderen Ländern der amerikanischen Hemisphäre zu besichtigen...

# WEG MIT DEM FALSCHEN LEBEN

ASTA-MENSCHENRECHTSREFERAT IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEM REFERAT FÜR

KRITISCHE WISSENSCHAFT RUHR-UNI-BOCHUM

## Zur überdauernden Aktualität und Notwendigkeit radikaler Gesellschaftskritik

Die Kritik, heißt es bei Marx, ist keine Leidenschaft des Kopfes, sie ist der Kopf der Leidenschaft. Ihren Gegenstand will sie nicht widerlegen, sondern vernichten. Da aber bekanntlich all das, was einer an Marx anknüpfenden Denktradition noch Kritik hieße, im Geplärr der postkritischen anything-goes-Diskurse nichts mehr zu suchen hat - und zudem nicht wenige linke Politaktivisten den kritischen Gedanken mehr scheuen als die gesellschaftlichen Verhältnisse, auf deren Abschaffung er zielt -, steht es schon um die Formulierung radikal kritischer Absichten beinahe so schlecht bestellt wie um deren praktische Verwirklichung.

Aufklärerische Kritik, sofern sie nicht in Kommunismus ausartete, war im sozialliberalen Modernisierungsklima von ehemals billig zu haben - gerade so billig, daß ihr im nationalen Standortdiskurs unserer Tage, der geprägt ist von sozialdarwinistischer Leistungsideologie und konservativen Wertedebatten, jede Nachfrage abhanden gekommen ist. Entpuppten sich die damals sozial Bewegten, als gesellschaftliche Träger der linken Kritik, bereits in den achtziger Jahren als Feuerwehrleute der neuen Zivilgesellschaft, brachte der Kollaps des staatssozialistischen Blocks zusammen mit der neuen Weltordnung das vorläufige Ende aller Gesellschaftskritik, womit das außergesetzlich verhängte Verbot sozialer Utopien einherging. Die Verhältnisse werden weithin verschwiegen und deren Unerträglichkeit als blinder Naturzwang wahrgenommen. Kritik, die mehr ist als wohlmeinend-konstruktive Nörgelei am Bestehenden, welche man öffentlich duldet und unter dem Etikett Politik gar fördert, gilt als desavouiert. Ihr Gegenstand, die (bürgerlich-kapitalistische) Gesellschaft, kann - glaubt man den von Amts wegen zuständigen Wortführern - als solche begrifflich nicht mehr ausgewiesen werden.

Folgerichtig wird die Frage, was Gesellschaft sei, weder vom mit der Organisation seiner eigenen kärglichen Existenz befaßten Alltagsverstand noch von

der nach ihr benannten offiziellen Wissenschaft gestellt. Auf die stets aktualisierte Frage jedoch, in welcher Art Gesellschaft wir derzeit leben, wirft die modisch-affirmative Bindestrichsoziologie auf Kommando täglich nette Antworten in die Debatte und bringt mit wahlweise der Risiko-, Wissens-, Informations-, Kommunikations- oder Tralalagesellschaft die zum Pluralismus aufpolierte Polyphrenie der sozialen Akteure auf den Punkt. Daß all der innovative Sprachmüll, mit dem die Institute eine sogenannte Öffentlichkeit bei Laune halten, nicht auch nur annähernd heranreicht an das, was im kritischen Begriff von Gesellschaft mitgedacht ist, leuchtet ein, sobald man sich der gedanklichen Anstrengung stellt, das Mysterium Gesellschaft begrifflich, und das heißt zugleich: kritisch, zu bestimmen.

Dies meint freilich nicht, sie in zweifelhafte Axiome zu zerlegen. Kritisch erst ist Einsicht ins Ganze. Und das ist so wenig statisch wie allein aus seinen Einzelmomenten heraus zu fassen. Konkret geht es darum, unter der Oberfläche der sozialen Phänomene verbindliche Strukturen und somit die Dynamik der gesellschaftlichen Totalität in den Blick zu bekommen. Um über die falsche Bescheidenheit eines theoriefeindlichen Bereichsrelativismus hinauszugehen, mit welchem, als hehre Wissenschaft getarnt, die gefällige Soziologie einem zur Unkenntlichkeit ausdifferenzierten gesellschaftlichen Geflecht auf den Leim geht, müssen jene in letzter Instanz subjektlosen Kräfte erkannt und benannt werden, die bis ins Innere des emphatisch zur Individualität Emporstilisierten, des noch so vermeintlich Differenten hinein walten. Den schlechten Mythos vom unverbindlichen Nebeneinander der gesellschaftlichen Sphären zu zerstören, bedarf es Begriffe, die aufweisen, wie gerade jene scheinbar isolierten Momente in- und durcheinander vermittelt sind und was ihnen als Gemeinsames innewohnt.

Die Kritik des Kapitalverhältnisses, des Waren- und Geldfetischs, des Marktsubjekts, kurzum der grundsätzlichen Verkehrtheit des Bestehenden, bleibt erste Theoriepflicht. Ohne ein kritisches Verständnis der Grundstrukturen moderner Gesellschaften bleibt alles Gerede darüber bedrohlich lächerlich. Theorie aber, die mehr ist als bezahlte

geistige Arbeit im akademischen Betrieb (weswegen sie zumeist unbezahlt bleibt!), analysiert und benennt Herrschaftsverhältnisse vom Standpunkt ihrer Abschaffung. Soll die bestehende Gesellschaft als antagonistisches Ganzes, als negative Totalität, als klassenmäßig strukturiert, als patriarchal verfaßt begriffen werden, – und zweifellos ist das eine der unabdingbaren Voraussetzungen jeder Form radikal emanzipatorischer Praxis, so muß ihr auf den Grund gegangen werden. Was dabei die offizielle Wissenschaft, wo sie nicht bloß Wahnsysteme produziert, an Fakten und Theoriesprengeln zu Tage befördert,

muß kritischer Theorie nicht zwangsläufig zuwiderlaufen, sondern mag sich im Gegenteil sogar in deren Erkenntnishorizont einfügen, wenngleich oftmals nur negativ als produktives Mißverständnis.

P.S.: Wer sich nach dem sogenannten Ende der Ideologien noch immer nicht friedlich einrichten will in der Welt, wie sie ist, und ebensowenig wie die deutsche Sozialwissenschaft beabsichtigt, demnächst das Fahrrad zu erfinden, tut gut daran, auch weiterhin von bürgerlicher, Klassen- und sonstwie herrschaftlich organisierter Gesellschaft zu sprechen.

## INTERNATIONALISMUS

– AStA-MENSCHENRECHTSREFERAT –

**Proletarier aller Länder, vereinigt euch!  
...oder wie kann Internationalismus heute  
noch aussehen?**

Kaum einer spricht heute noch von Internationalismus. Zumindest nicht von Internationalismus im herkömmlichen Sinne. Viele verbinden gerade mit dem Begriff Internationalismus nicht mehr als "andere Kulturen" kennenzulernen, man spricht in diesem Zusammenhang schließlich auch gerne von anderen "Völkern" und von "Heimat" ohne dabei zu erkennen, daß man sich einer bürgerlichen Ideologieproduktion unterwirft. Internationalismus hat innerhalb einer kritischen Kapitalismus- und Gesellschaftstheorie eine völlig andere Bedeutung.

### Internationalismus heute

Es ist unverkennbar, daß sich die sozialen Ungleichheiten vergrößern, die politischen und sozialen Konflikte wachsen, die weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen zunehmen. Nationalismus, Rassismus und Wohlfahrtschauvinismus haben Hochkonjunktur. Die Zahl der Kriege und Bürgerkriege wächst. Schließlich wird mit fortschreitender Globalisierung kapitalistische "Standortsicherung" in

praktisch allen Staaten zum vorrangigen politischen Ziel, zu dem es keine Alternativen mehr zu geben scheint. Gerade im Zusammenhang mit Globalisierung wird immer wieder von einer "Weltgesellschaft" oder von der Welt als einem "globalen Dorf" gesprochen. Die Vorstellung allerdings, daß Globalisierung zu einer einheitlichen, harmonischen und kooperativen "Weltgesellschaft" führe ist mehr als falsch. Vielmehr kommt es zu wachsenden internationalen Ungleichheiten, die die Hoffnung auf eine gemeinsame demokratische "Weltregierung" negiert, da die Nationalstaaten zwar ihre Funktion stark verändert haben, aber immer noch über die politische Weltordnung bestimmen. Einer neuen Weltordnung, die mit dem Ende des kalten Krieges den Großmächten die Gelegenheit gibt, gerade die zerfallene Peripherie unter Kontrolle zu halten und Konfliktherde gewaltsam ruhig zu stellen. Umso wichtiger ist also internationale Solidarität geworden, ohne die bestimmte nationale Probleme keine öffentliche Unterstützung mehr erfahren würden.

Aufgabe ist es nun gerade, diese Öffentlichkeit zu schaffen und die gesamtgesellschaftliche Verflechtung und die Ursachen zu benennen.

# .. THE BIG BROTHER IS WATCHING YOU ...

– VON REINHARD HEIL –

Subjekt: NSA  
 Date: Fri. 01 Jan 1999 18:27:07 +0100  
 From: xxxx  
 To: yyy

die NSA (national security agency) wurde durch direktive des amerikanischen präsidenten harry s. truman am 04.11.1952 gegründet. sie ist keiner demokratischen kontrollinstanz rechenschaft schuldig. geschätzter jahresetat: 10-15 milliarden dollar. mitarbeiter: 60-100.000. die zentrale befindet sich seit 1957 in fort meade in maryland. 29.000 zivilisten und 9200 militärs leben in dieser zentrale, der schwarzen stadt. ein hochsicherheitskomplex auf 1600ha, mit rund 1670 gebäuden und einem strassennetz von 150km länge. hier laufen die informationen zusammen, die das weltweite abhörnetz ECHELON aufnimmt.

Subjekt: ECHELON

ECHELON dient der NSA sowie der GCHQ (government communications headquarter, großbritannien), der CSE (communications security establihsment, kanada), der DSD (defence signals directorate, australien) und dem government communications security bureau in neuseeland seit anfang der 80er jahre zur überwachung von elektronischer kommunikation. grundlage ist die sogenannte UKUSA-vereinbarung von 1948. aufgrund dieser vereinbarung einigten sich die usa, großbritannien, kanada, australien und neuseeland darauf, ein gemeinsames abhörnetz zu installieren. damaliges ziel: hauptsächlich militärische organisationen im osten. bedauerlicherweise endete der kalte krieg und es mussten neue ziele gesucht werden: regierungsstellen, wirtschaftsorganisationen etc.

funktionsweise:

überwacht werden internationale telekommunikations-satelliten, sogenannte intelsats. über diese satelliten wickeln die meisten telephongesellschaften ihre gespräche ab. abgehört werden ebenfalls regionale satelliten, sowie mikrowellen-türme und kabelverbindungen. zum abhören der intelsats genügen fünf antennenfelder weltweit. eine wichtige station zum abhören von geostationären SIGINT-satelliten befindet sich in bad aibling/bayern. die gesammelten daten werden mittels memex verarbeitet.

Subjekt: MEMEX

memex ist ein produkt der ki-forschung. es durchsucht die anfallende datenmenge nach schlüsselwörtern, kodiert das gefundene material entsprechend und gibt es an die örtlichen stellen weiter. dort wird dann sozusagen per hand die auswertung fortgesetzt. nicht englische texte werden übersetzt. zugriff auf den gesamten datenpool besitzt nur die NSA, womit die amerikaner einmal mehr beweisen, wer den takt vorgibt.

Subjekt: TELEKOMMUNIKATIONSGESETZ

deutschland läuft bekanntlich den staaten immer um mindestens zehn jahre hinterher. aber jetzt hat man auch hier endlich gemerkt: weitflächiges abhören muss sein. da deutschland (zumindest auf dem geduldigen papier) wesentlich demokratischer ist als z.b. die usa, ist es leider nicht möglich einfach per dekret eine lauschanlage aus dem boden zu stampfen. bei uns macht man das, ganz demokratisch, mittels gesetzen. anbieten tut sich hier das telekommunikationsgesetz, welches sowieso revisionsbedürftig ist. 1995 wurde in der fernmeldeverkehrsüberwachungsverordnung festgelegt, welche daten die betreiber im bedarfsfall an die 'bedarfsträger' liefern müssen: unverschlüsseltes weiterleiten des tk-verkehrs sowie die nummern aller eingehenden und abgehenden verbindungen (auch mißglückte verbindungsversuche) und die genutzten dienste (z.B. newsgroups). weiter ging es 1996: direktzugriff der sicherheitsbehörden auf die kundendaten, verpflichtung der anbieter, die struktur ihrer netze bekanntzugeben. außerdem müssen die anbieter, auf eigene kosten,

dafür sorgen, daß abgehört werden kann. sie müssen also die nötige infrastruktur zur verfügung stellen. 1998 wurde ein tk-begleitgesetz erlassen: die erweiterung der überwachung auf alle, die 'geschäftsmäßige telekommunikations-dienste' anbieten, sprich: interne firmennetze. im vergleich zu den usa und großbritannien werden in der brd unverhältnismäßig viele gespräche abgehört. die amerikaner haben wohl die besseren anlagen, dafür ist es wesentlich schwerer, auf gesetzlicher basis eine abhörerlaubnis zu erhalten. daraus ist zwar nicht zu schließen, daß weniger abgehört wird, es ist nur wesentlich schwerer möglich, das abgehörte material als beweismittel zu verwenden.

Subjekt: UND WARUM DAS GANZE

die begründung für das aushöhlen des fernmeldegeheimnisses ist, wie so üblich, die schrecklich um sich greifende organisierte kriminalität. der begriff 'organisierte kriminalität' hat in der politischen diskussion in etwa den stellenwert wie 'verlust von arbeitsplätzen': man kann mit beiden begriffen problemlos jede sachliche diskussion verhindern. ich möchte mitnichten abstreiten, daß es so etwas wie organisierte kriminalität gibt, doch sollte man nicht aus den augen verlieren, daß das verständliche bedürfnis der bürger/innen, in sicherheit zu leben verbunden ist mit einem massiven einschnitt in die bürgerlichen rechte. fest verwurzelt ist noch immer der stupide argumentationsgang: wer sich nichts zu schulden kommen lässt, dem geschieht auch nichts. abgehört wird großflächig. selbst wenn die daten nicht verwendet werden, wie es wahrscheinlich oftmals der fall ist, bleibt eines bestehen: man wurde abgehört. die privatsphäre ist aufgehoben. der vorgang des abhörens selbst ist bereits diese aufhebung. da ein abhörvorgang jedoch lautlos vor sich geht und keine spuren hinterläßt, kann man ihn bequem ignorieren. ob ich nun aber am telefon abgehört werde oder ein beamter mit am tisch sitzt, macht für den vorgang keinen unterschied. gegen das 'mit am tisch' sitzen hätte man jedoch mit sicherheit etwas einzuwenden. auch wenn derjenige versprechen würde: ich sag's nur dann weiter, wenn ihr etwas illegales bespricht.

ein problem in deutschland ist der laxer umgang mit persönlichen daten. wir hinterlassen alle eine gewaltige datenspur. bereitwillig wird auf jede persönliche daten betreffende frage geantwortet. die einföhrung von immer mehr chipkarten läßt den wunsch aufkeimen, statt der 10-20 karten, die man gewöhnlich bei sich trägt, eine einzige universalkarte zu haben, die alle funktionen auf einmal erfüllt. bequem wäre dies sicherlich, doch ist es leider sehr schwer nachzuvollziehen, welcher kartenleser was von der karte liest oder gar auf sie schreibt. wenig beachtet wird auch die zunehmende vernetzung diverser datenbanken. die behörden sind natürlich sehr daran interessiert, ihre datenpools auf dem jeweils aktuellsten stand zu halten.

falsch wäre es, einfach die böse politik und polizei verantwortlich zu machen. es ist wahrscheinlich wirklich nicht das konkrete ziel einzelner personen, die brd in einen überwachungsstaat zu verwandeln – abgesehen vielleicht von unserem alten innenminister. viele entwicklungen sind einfach selbstläufer. erhöhte effizienz durch zunehmende vernetzung ist eines der hauptargumente. dabei ist es mitnichten sicher, ob ein erhöhter vernetzungsgrad mit steigender effizienz gleichzusetzen ist. da ist noch viel guter alter fortschritts Glaube dabei.

Subjekt: QUELLEN

Ruhmann, Ingo und Schulzki-Haddouti: "Abhör-Dschungel - Geheimdienste lesen ungeniert mit - Grundrechte werden abgebaut". In: c't 1998, Heft 5, 82-93.

STOA, An Appraisal of Technologies of Political Control, Interim Study. <http://jya.com/stoa-atpc.htm>. eine deutsche übersetzung der STOA-studie gibt es unter <http://heise.de/tp/>.

## Impressum

**Herausgeber:** AStA der Technischen Universität Darmstadt

**Redaktion:** Michael Enderlein (V.i.S.d.P.), Reinhard Heil

**Anschrift:** Hochschulstr. 1, 64289 Darmstadt

**E-Mail:** [rheil@hrzpub.tu-darmstadt.de](mailto:rheil@hrzpub.tu-darmstadt.de)

**Druck:** AStA-Druckerei

**Auflage:** 2000

Die **zoon politikon** ist das Zentralorgan des AStA der TUD. Die Zeitschrift steht den Studierenden der TUD für Beiträge offen. Artikel mit sexistischen, rassistischen oder faschistischen Inhalten finden keine Aufnahme. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

# DENKEN MÜSSEN NICHT WOLLEN - WALSERS SCHANDE

– VON MARC ZIEGLER –

Mit zwei bis zweieinhalb Tagen "eifrigen Nachhalls" der Medien spekulierte Martin Walser, als er sich am 12.10.98 mit seiner Dankesrede zum Erhalt des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an die 1200 Zuhörer der Paulskirche zu Frankfurt richtete. Diese nahmen begeistert auf, was jener von sich gab und quittierten die vernommenen Worte mit standing ovations. Vierundzwanzig Stunden später wußte jeder durch Radio und Fernsehen Informierte, was Ignatz Bubis wirklich von Walser dachte, als er ihm zur Gratulation die Hand reichte. In den Medien wurde in den darauffolgenden Tagen und Wochen sowohl über Walsers Rede als auch über Bubis Reaktion heftig gestritten. In einem der Zentren deutscher Printmedien kam es dann auch zum - gleichwohl inszenierten - Versöhnungsgespräch.

Walser lebt von den Medien, die er, undifferenziert über einen Kamm geschert, verteufelt und die in seinen Augen wesentlich verantwortlich sind für die "unvergängliche Schande", ohne deren Vorhaltung kein Tag für "uns" vergehe.

Walsers Rede beunruhigt aus mehreren Gründen. Anders als sonstige Kommentare auf Walsers Rede soll hier, ausgehend von einer Analyse seines Sprachverständnisses, Walsers Sehnsucht nach einer neuen Unantastbarkeit des moralischen Selbst als Beispiel für die Unfähigkeit Vieler, sich mit dem Holocaust auseinanderzusetzen, dargestellt werden.

## Walser und die Angst vor der eigenen Sprache

Walser versucht das Verhältnis zwischen künstlerischem "freien" Schaffen und dessen notwendige Gebundenheit an historische, politische und gesellschaftliche Kontexte zu verschieben. Indem er sich als schaffender Künstler durch die Intellektuellen und die Medien moralisch angegriffen fühlt [ich komme noch näher darauf zu sprechen MZ], hält er das künstlerische Vorrecht auf die eigene Perspektive als das "Urgesetz des Erzählens" hoch. Damit geht ein Sprachverständnis einher, das in der "Sprache der Literatur" die moralische Freiheit erkennt, die sonst nicht lebbar ist: "Nichts macht so frei wie die Sprache der Literatur". Doch mit Sprache verbindet Walser eine seltsame Ambivalenz. Vertrauen habe er zur Sprache, da sie ihn vor Rechthaberei schütze.

Zur gleichen Zeit hat Walser vor der eigenen Sprache Angst: "Ich falle ihr [der Sprache MZ] in die Zügel, wenn ich fürchten muß, sie gehe zu weit, sie verate zuviel von mir. Da mobilisiere ich furcht- und bedachtsam sprachliche Verbergungsroutinen jeder Art". Einer, der sich hinter seiner eigenen Sprache versteckt, um Vertraulichkeit zu schaffen. Walser hält die Rede mit der "ganz abenteuerliche[n] Hoffnung ... daß man ihn [Walser selbst MZ] nicht mehr so klipp und klar kennt wie vor der Rede, [um MZ] eben dadurch (...) vertrauter" dem anwesenden Publikum zu erscheinen. Literatur, literarische Sprache als Fluchtort vor der eigenen Verwickeltheit in historische Kontexte, die Walser als nicht zu bewältigende persönliche Schuld erfährt: "Ich habe es nie für möglich gehalten, die Seite der Beschuldigten zu verlassen". Als verarbeitungsfähig wird dieser Schuldkomplex nicht betrachtet, Walser sucht Orte der Verdrängung: "Ich käme ohne Wegschauen und Wegdenken nicht durch den Tag und schon gar nicht durch die Nacht". Für einen, dem Schuldbewältigung unmöglich erscheint, bleibt nur noch Reue und Sühne; eine Sühneleistung selbstverständlich, der er sich letztendlich entziehen möchte: "Ich bin auch nicht der Ansicht, daß alles gesühnt werden muß". Damit wird der Umgang mit Schuld einem quasireligiösen Kontext zugeordnet und zugleich als ständig sich wiederholendes Selbstversagen verstanden. Dies erklärt, warum Walser so oft von Schande spricht. Schande bezeichnet etwas Verachtenswertes, etwas, vor dem man sich schämen muß. Wer in Schande lebt, befindet sich im Zustand des Ehrverlusts, ist vor der Gesellschaft bloßgestellt. Schande beschreibt den Zustand des Verachtetseins. Die Funktion der Medien besteht nun für Walser darin, eine "Dauerpräsentation unserer Schande" zu liefern. Damit kann er nicht leben, davor muß er flüchten, gleichzeitig muß das Phänomen durch einen Begriff faßbar gemacht werden. Die mediale Beschäftigung mit deutscher Geschichte geschieht, so Walser, aus Gründen der "Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken".

Als jüngstes Beispiel dient ihm die Diskussion um das Holocaustdenkmal in Berlin, das für ihn "die Monumentalisierung der Schande" bedeutet. Es wird ersichtlich, weshalb schon die bloße Erwähnung des Begriffes Auschwitz für Walser unerträglich wird, warum er die Auseinandersetzung damit wie die Pest

meidet. Der Rest ist aufgeblasener, doch gefährlicher Sprachpopanz: Auschwitz als "jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel", als "Moralkeule" oder nur als bloße "Pflichtübung".

Mit der generalisierten Medienkritik geht eine massive Intellektuellenfeindlichkeit einher. Vertreter kritischen Geistes, denen es um eine Auseinandersetzung mit dem Faschismus geht, werden - wiederum undifferenziert - als "Meinungssoldaten" bezeichnet, die, "mit vorgehaltener Moralpistole, den Schriftsteller in den Meinungsdienst nötigen".

Demgegenüber pocht Walser auf Gewissensfreiheit. Um sich zu rechtfertigen, flüchtet er in die Literaturgeschichte. Schiller, Goethe, Kleist und Th. Mann führt er als Gewährsmänner für seine Regression ins Innere an, auch die Philosophen Hegel und Heidegger müssen dafür herhalten.

Letzten Endes dient der Rekurs auf die Gewissensfreiheit zur Rechtfertigung eines Verstummens des einzelnen in der Öffentlichkeit. Damit soll eine Sphäre moralischer Integrität des einzelnen geschaffen werden, die ihn unverletzlich gegenüber äußeren Einflüssen macht.

Die innere Ruhe vor Skrupel nicht findend, rächt Walser sich mit den Haßtiraden gegen die Medien und die "smarten" Intellektuellen. Sein Konzept moralischer Immunität geht nicht auf, dazu gärt in ihm selbst zuviel Ressentiment - auch gegen sich selbst. Dahinter steht die Sehnsucht nach "Normalität" im Umgang mit der eigenen Geschichte und das Wissen von deren unmöglicher Verwirklichung. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist diese verstörende Rede zu betrachten.

## Unreflektierte Emotionalität und Verdrängungsleistung

Vom Begriff der Schande hin zur Forderung einer Gewissensfreiheit, die eine Auseinandersetzung über das moralisch verunmöglicht, was auf sowohl emotionale als auch intellektuelle Bewältigung und (öffentliche) Artikulation drängt. Walsers Rede und viele Reaktionen auf sie haben erneut deutlich gemacht, daß eine Debatte über die Bedeutung des Holocaust und dessen Folgen nicht ohne eine schon im Vorhinein geschehene Moralisierung stattfinden kann. Die Frage nach einem richtigen Umgang mit deutscher Vergangenheit ist immer schon emotionalisiert, ist immer schon moralisiert. Das Dilemma besteht darin, daß einerseits eine solche Debatte ohne emotionale Rückkopplung und moralische Präfiguration nicht nur das Wesentliche verfehlt, sie wäre zugleich auch ein unreflektierter Widerschein dessen, worüber sie versucht, sich Klarheit zu verschaffen, d.h., sie wäre von gleicher emotionaler Kälte und moralischer

Skrupellosigkeit wie die durch instrumentelle Vernunft diktierte entmenschlichte Tötungsmaschinerie des Nationalsozialismus. Andererseits ist es dem hohen Grad nicht reflektierter Emotionalität und ständig reproduzierter Verdrängungsleistung anzulasten, daß gerade jene notwendige Emotionalität sich zu verhärteten, teils aggressiven, teils aggressiv-defensiven Standpunkten verfestigt hat, welche die Aufarbeitung nicht zulassen, deren es bedürfte, um sich angemessener zu deutscher Geschichte zu verhalten.

## Beschwörung der Vertrautheit

Mit diesen unterdrückten Emotionen spielt Walser. Seine Rede von unvergänglicher Schande und der Forderung nach eigener Gewissensfreiheit machen dies deutlich. Gefühle des Überdrusses, die in der Bevölkerung durch mangelnde(!) Auseinandersetzung mit der Vergangenheit latent vorhanden sind, werden von Walser auf den Plan gerufen. Insofern betreibt er reaktionäre Stimmungsmache, denn erst das Aufrufen reaktionärer Stimmungen ermöglicht die gewollte Beschwörung einer Vertrautheit zwischen ihm und seinem Publikum, ermöglicht erst dieses "uns". In Walsers Vorstellungen wird Gesellschaftlichkeit ersetzt durch eine auf äußere Abwehr zielende Gemeinschaft des nicht mehr zu verarbeitenden schlechten Gewissens der einzelnen. Das meint seine Rede von erhöhter Vertrautheit, die Walser sich wünscht und die nur durch Verzicht auf eine noch ausstehende, wahre Trauerarbeit ermöglicht wird.

Es kann bei der Beschäftigung mit der deutschen Vergangenheit, die eben nicht vergangen ist, nicht darum gehen, dem einzelnen das Recht auf Gewissensfreiheit abzusprechen. Walser allerdings gebraucht das Argument der Gewissensfreiheit als letzten Rückzugsort der bürgerlichen Ignoranz. Mit dem Appell an die Gewissensfreiheit ermöglicht Walser es dem herrschenden und nicht nur deutschen Verstummenseins, sich hinter dessen Furcht vor Auseinandersetzung zu verschanzen. Auch weiterhin gilt es, aus der Behaglichkeit konsumorientierter lebensweltlicher Alltagspraxis herauszutreten und Haltung gegenüber der Barbarei einzunehmen, auf deren Schrecken die scheinbare Sicherheit der spätkapitalistischen Dienstleistungsgesellschaft sich erst etablieren konnte. Walsers Gewissensfreiheit hingegen reicht gerade bis zur Rechtfertigung der Verdrängung der eigenen Lebenslüge. Es geht ihm nicht um Anerkennung als vielmehr um ein gegenseitiges stillschweigendes Übereinkommen der Einzelnen darüber, daß über Gewissensfragen nicht gesprochen werden muß. Zugleich reduziert Walser die Auseinandersetzung mit dem faschistischen Genozid auf

eine Frage des eigenen Gewissens. Damit favorisiert er einen radikalisierten Subjektivismus, dessen Ergebnis in einem nicht mehr zu koordinierenden Perspektivismus und in einem nicht mehr objektivierbaren Relativismus besteht: Der einzelne bleibt mit sich und seinem Gewissen allein. Das ist dunkelste und zugleich fatalste Romantik.

Reflexion also zu den Anfängen und zum Abschluß noch ein Wort zu Walsers Sprach- und Literaturverständnis, das man nach dieser Lektüre als eine Ästhetik der Verdrängung benennen möchte. Gegen die Stilisierung der literarischen Sprache als Fluchort vor der eigenen Vernetztheit in ungeliebte Kontexte, welche die eigene Ruhe stören, ist es heilsam, eine andere literarisierte Hochsprache, die sich selbst

als eine heruntergekommene versteht, zu Wort kommen zu lassen. Die geneigte Leserschaft wird hiermit wieder in die Profanität deutscher Alltagswirklichkeit entlassen. Doch zunächst noch ein Abstecher in die "franz hochedlinger-gasse" zu Ernst Jandl:

wo gehen ich  
liegen spucken  
wursten von hunden  
saufenkotz

ich denken müssen  
in mund nehmen  
aufschlecken schlucken  
denken müssen nicht wollen

## MARTIN WALSER, LESUNG IN DARMSTADT

– VON THOMAS TREBING –

Er hat schön gelesen. Klar, ausdrucksstark, angenehm moduliert. Ich gestehe, ich würde gerne so fesselnd sprechen können. Ein Kunstgenuß. Über 95 % der Gäste in der Werkstattbühne waren deshalb gekommen und begeistert, das bewies der anhaltende Applaus. Den meisten war es genug. Über die Lektüre seines Buches hinaus sagte Walser nichts. Beim Verfasser blieb damit ein Unbehagen.

Ich hatte mir bis zu dieser Lesung wenig Gedanken zur Kontroverse Walser/Bubis gemacht: "Offenbar zwei eitle, rechthaberische Alte, die aufeinander losgehen und jeweils die größere Authentizität für sich beanspruchen", so dachte ich. Das hatte mit mir und mit meiner Vergangenheitsbearbeitung wenig zu tun. Nun erwartete ich eine Lesung mit einer anschließenden kleinen oder größeren Diskussion. Zunächst irritierte, später ärgerte mich das beredsame Schweigen. Der Einladende von der "Deutschen Gesellschaft für Sprache und Dichtung" hatte ihn zudem vorher bereits entlastet.

Der Vertreter deklarierte, Literatur und Politik hätten nichts miteinander zu schaffen, und Walser sei heute als Literat geladen. Na toll, dachte ich. Und selbst wenn sich ein Schriftsteller einmal politisch äußere, könne man ihn nicht dafür verantwortlich machen; niemand könne vorher sagen, wohin sich ein Gespräch entwickle. Dies machte mich böse. Was redete dieser Sprachpräsident nur für einen Blödsinn. Selbstverständlich kann man ein angestrebtes Ziel im politischen Raum nicht wie einen Stuhl herstellen.

Aber das man etwas lostritt bzw. lostreten kann, weiß jeder, man gibt eine Richtung vor und für diesen entscheidenden Anfang trägt man Verantwortung: Das ist Preis und Chance von Entscheidungs-Freiheit zugleich. Und diese Verantwortung haben besonders öffentlich wirksame Personen, Leitbilder wie Martin Walser. Darin gleicht er Michael Schumacher, Thomas D., Joschka Fischer oder Ignatz Bubis - ob's gefällt, oder nicht.

Und zur Trennung von Literatur und Politik? Ein Wissenschaftler und ein Literat, die die Arbeitsteilung verinnerlicht haben. Haben sie die Konsequenzen bedacht? Selbst wenn wir die Politik einer Berufsgruppe überlassen - obwohl das auch niemand will, siehe die Politikverdrossenheit - dann bleibt die Frage, wer die einzelnen Sphären Literatur, Wissenschaft, Recht, Technik und Politik aufeinander bezieht und wo die Einheit herkommen soll.

Wer oder was hält die Demokratie zusammen, wenn jeder arbeitsteilig nur seiner Beschäftigung nachgeht? Politik läßt sich nicht 'arbeitsteilen', ausblenden, delegieren, sie ist keine "Sphäre". Sie ist im öffentlichen Raum immer präsent, unabhängig vom Beruf. Wenn man die Demokratie der Bürger nicht aufgeben will, dann muß sich jede Person beteiligen. Entweder ist "auch in politischen Dingen keiner ohne Urteil" (Thukydides, 2, 40) oder die Demokratie ist Tod. Wer "keinen Anteil nimmt, (...) (ist k)ein stiller Bürger", sondern ein schlechter Bürger. Der Text zielt offenbar auf das öffentliche Diskutieren und nicht nur auf das Wählen ab. Soweit die Gründungsurkunde der Demokratie um 400 v.u.Z.

Mündigkeit, Staatsbürger (in Uniform), soziale Gerechtigkeit u.ä. behaupten die Verbindung zwischen den Sphären durch die aktive, öffentliche Beteiligung aller Bürger bis heute. Woher soll die Mündigkeit kommen, woher der Bürger, wenn jeder nur für "seinen" Bereich zuständig ist, wenn alle bloßes Mittel zu einem Zweck sind, den niemand mehr bestimmen oder füllen könnte? Für die Gesellschaft bleibt dabei kein Inhalt mehr. Gerechtigkeit, soziale Gemeinschaft: Wo sollten diese noch angesiedelt sein? So sind sie Etiketten, Klebebildchen, Oberfläche, denen/der in den Menschen nichts entspricht. Institutionen im Nirwana. Das Ergebnis ist Gleichgültigkeit. Walser olé, Demokratie oje?

Mit Kant muß mindestens der öffentliche Vernunftgebrauch gewährleistet sein. Die öffentlichen Reaktionen sind darin eingeschlossen und müssen auch öffentlich ausgehalten und ausgetragen werden. Die Öffentlichkeit als Medienöffentlichkeit - eine bessere haben wir leider nicht - haben Walser wie der Veranstalter ausdrücklich ausgeblendet. Das ist schlicht demokratiefeindlich, weil es Institutionen, Gesellschaft, soziale Gerechtigkeit, Gemeinsinn und Bürger entleert.

Ich saß rechts und sah Walser von der Seite. Auf dem schwarzen Hintergrund zeichnete sich seine feuchte Aussprache ab. Er spuckte, so engagiert war sein Sprechen. Dann hörte ich durch den Nebel dieses Bildes das Wort "toben": Ein spuckendes Toben, diese Assoziation verließ mich minutenlang nicht.

Vielleicht versuchte er doch öffentlich zu antworten, in einer literarischen Antwort? Autobiographisches böte dazu eine Gelegenheit. Mit dieser Hypothese ging ich den Vortrag noch einmal durch. Dabei kristallisierten zwei Szenen, eine Zirkusvorstellung und der Tod des Bruders. Die Gewalt der Nazis bekam 1938 ein Clown zu spüren, den einige Schergen wegen regimekritischer Äußerungen brutal verprügelten. Die Gewalttätigkeit des Regimes konnte jeder sehen und wissen: Ein Bild für die Zwänge oder/und für die Ausweglosigkeit von Widerstand? Das vom Autor geschilderte relativ harmlose Kriegsbild zerriß erst 1945 bei der (herannahenden) Nachricht vom Tod des Bruders, schließlich im Erschüttern und Erstarren der Familienmitglieder, im unbegreiflichen Leiden, dessen Ursprung man nun ahnte, wo man selbst teuer bezahlt hatte.

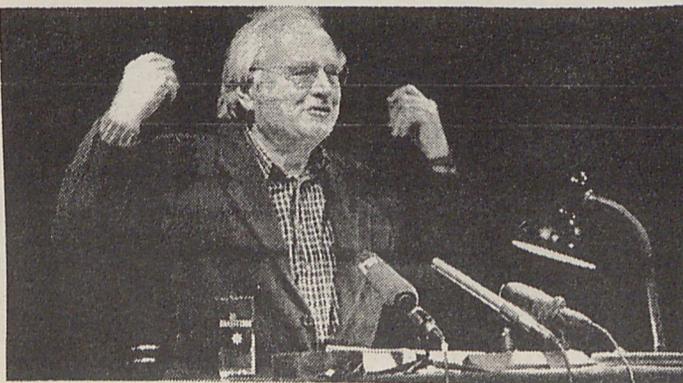
Wenn diese Deutung stimmt, dann hat Walser Täter

und Opfer verwechselt. Auf der einen Seite stehen die Verursacher, auf die das von ihnen miterhaltene System nun zurückschlägt. Ihnen gegenüber stehen diejenigen, die von Anfang an litten ohne sich entscheiden zu können. Täter, die zu Opfern wurden und Opfer, die es von Anbeginn an waren. Die Täter haben beides verursacht. Der kleine Johann konnte bis '45 zuschauen und Literat bleiben. Für die Victor Klemperers war das nie möglich.

Hier ist ein Unterschied, der nicht eingegeben werden sollte, besonders dann nicht, wenn man zugibt, woran sich meine Vergangenheitsbearbeitung immer orientiert hat: Da passierte etwas, das nie wieder geschehen darf. Ein menschenverachtendes Prinzip wurde zum Motor, Öl und Anlasser einer Staatsform. Es verachtet Menschen wegen ihres Menschseins - denkfähig und entscheidungsfrei können sich Menschen gegen etwas entscheiden und handeln. Das kann totale Herrschaft nicht tolerieren, jeder Mensch ist ihr daher verdächtig. Er widerspricht dem vermeintlichen Naturgesetz der Rasse (oder dem Geschichtsgesetz der Klasse im Stalinismus), dem ahistorischen, übermenschlichen Funktionsprinzip totaler Herrschaft, das der Terror durchsetzt und verwirklicht.

Es war auch Unrecht, was den Deutschen "passierte", aber es war kategorisch anderes Unrecht, genauer, für die Millionen Gastoten war es die Abwesenheit jedes Rechts (im Prinzip totaler Herrschaft), das ihren Tod für alle Menschenzeit unverzeihlich und unsühnbar macht - ob es gefällt oder nicht, der Nationalsozialismus war nicht einfach ein Unrechtsregime wie andere auch: Woran sollte man die Täter und die Taten messen? An den Menschenrechten, natürlich, aber wenn sowohl das Menschsein als auch jedes Recht abgeschafft waren im Moloch eines menschenfressenden Automatismus, dessen Funktionslogik der Rassennatur die Menschen zu Exemplaren reduzierte, zu Funktionsträgern als Öl und Leichen in einem außermenschlichen Gesetz? Sicher kamen auch die Täter z.T. an die Reihe, aber sie haben dieses totale Herrschaftssystem mitinstalliert und gestützt. Dieser Unterschied bleibt, ewig.

Walser olé, Demokratie adé? Ohne mich. Und eine "persönliche" Reaktion? Ich werde ihn nicht mehr lesen. - Europa, ich sehne mich nach dir! - Stendhal und Cervantes hatten mir stets besser gefallen als Goethe und Fontane.



Martin Walser während seiner Lesung auf der Werkstattbühne des Staatstheaters. Vor dem Eingang zeigten Demonstranten ein Transparent mit der Aufschrift: "Rostock, Solingen, Hoyerswerda ... Das ist die deutsche Normalität von der ihr sprecht!"

# “WÄHLT UNS NICHT IN DEN KONVENT!”

– VON MARCUS GOTTSLEBEN –

Wohl selten überschreibt eine hochschulpolitische Gruppe ihre Wahlflugis mit dem o.g. Satz. Das dies zur Hochschulwahl der TUD '99 dennoch der Fall war, erklärt sich wie folgt: Vor zwei Monaten, genauer am 10.11.1998, ist das neue Hessische Hochschulgesetz (HHG) in Kraft getreten.

Es enthält etliche mehr oder weniger große Änderungen, die Lehre und Studium unmittelbar betreffen: So sind jetzt nicht nur Studiengebühren (deren Einführung in den letzten Jahren von verschiedenen PolitikerInnen und Verbänden immer wieder gefordert wird), sondern auch die an der TUD bislang üblichen Prüfungsgebühren verboten. (Das Hintertürchen, Verwaltungs-, Einschreibe- oder Rückmeldegebühren einzuführen – wie dies in Berlin und Baden-Württemberg schon geschehen und in Niedersachsen geplant ist – hat man sich freilich offengehalten.) ProfessorInnen müssen während des Semesters an vier Wochentagen an der Hochschule erreichbar sein, und sie sind verpflichtet, Studierende im Grundstudium als MentorInnen zu betreuen; bei der Berufung neuer ProfessorInnen muß deren „pädagogische Eignung“ explizit nachgewiesen werden (hoffentlich hilft's).

Das Gesetz verpflichtet die TU, Leuten mit FH-Diplom einen einigermaßen reibungslosen Übergang zum TU-Diplom zu ermöglichen, und verlangt (allerdings nur in einer Soll-Vorschrift) die Ermöglichung von Teilzeitstudien. Andererseits führt das neue HHG auch unnötige Studienhemmnisse ein: Mit dem Hauptstudium darf „in der Regel“ erst anfangen, wer das Vordiplom bzw. die Zwischenprüfung fertig hat; wer also nur noch einen Grundstudiumschein braucht, hat bei restriktiver Auslegung dieser Klausel ein ganzes Jahr Zeit, sich voll auf diesen zu konzentrieren. Zudem können die Studienordnungen jetzt den Nachweis spezieller Englisch- oder Computerkenntnisse verlangen, die nirgends gelehrt werden und nicht im Studienplan auftauchen. Für eine Tätigkeit als studentische Hilfskraft sieht das Gesetz ebenfalls ein abgeschlossenes Vordiplom/Zwischenprüfung vor – auch wenn es etwa um einen TutorInnenjob in der Orientierungswoche oder um Aufsicht in der Bibliothek geht.

## Hintergrund

Ein ziemlich bunter Strauß von Regelungen also, deren gemeinsamer Nenner – wenn überhaupt –

höchstens darin zu bestehen scheint, daß sie alle irgendwie 'modern' klingen. Viele verfolgen offenbar vor allem das Ziel, Hochschule und Studium stromlinienförmiger, schlanker, effizienter – und das heißt vor allem: billiger – zu machen und dabei Einschränkungen der Entfaltungsmöglichkeiten und Bildungschancen Einzelner zumindest billigend in Kauf zu nehmen, während andere Studienbedingungen verbessern und Studierenden mehr Möglichkeiten geben sollen, ihr Studium selbst zu gestalten.

Diese Zwiespältigkeit erklärt sich aus der Entstehungsgeschichte des Gesetzes: Den Anstoß gaben 1992 Beschlüsse von Kultus- und Finanzminister- sowie Hochschulrektorenkonferenz; konzeptionelle Vorarbeit leistete eine Hochschulstrukturkommission, die aus 17 ProfessorInnen – mehrheitlich Mitgliedern von Organisationen wie HRK, DFG, Wissenschaftsrat etc. – bestand; die erste Textfassung kam 1997 aus den Tiefen der Ministerialbürokratie. Von Anfang an haben Studierende – gerade auch aus AStA und Fachschaften der THD – gegen neoliberale und bevormundende Tendenzen der Hochschulpolitik und der sich abzeichnenden Gesetzesnovelle protestiert und sind in zahlreichen Stellungnahmen und Diskussionsbeiträgen für eine emanzipatorische, an den Interessen der Studierenden orientierte Politik eingetreten. Ein (kleiner) Teil dieser Proteste und Positionen hat Eingang in die Programme und Koalitionsvereinbarungen der Wiesbadener Regierungsparteien gefunden, und einige Einzelpunkte konnten auch noch während des Gesetzgebungsverfahrens eingebracht werden.

## Mehr Demokratie wagen?

Ebenso uneinheitlich fällt die Bilanz bei der Organisations- und Gremienstruktur der Hochschulen aus. Einerseits ziehen sich neoliberal-autoritäre Strukturelemente durch das ganze HHG:

HochschulpräsidentIn und DekanInnen der Fachbereiche werden gegenüber den Gremien wesentlich gestärkt, vor allem was die Verteilung von Geldmitteln und Personalstellen betrifft. Diese soll sich am Leistungswettbewerb der Untereinheiten (Fachbereiche, Institute) orientieren, wobei der jeweiligen Führungsspitze jedoch ein großer Spielraum bei der Definition von 'Leistung' eingeräumt wird. Die Befürchtung liegt nahe, daß die so installierten 'starken' PräsidentInnen und DekanInnen in Wirklichkeit

schwach sind, weil sie auf die Einflüsterungen und das Wohlwollen guter, mächtiger FreundInnen angewiesen sind – manche sagen auch Mafia dazu.

Die Anzahl und Größe der Entscheidungsgremien auf Hochschulebene soll stark verkleinert werden: So sollen statt bisher 14 künftig nur noch drei Studierende mitentscheiden dürfen – ein Ausschluß kleinerer Listen ist damit ebenso vorprogrammiert wie eine Überlastung der drei (Un?)Glücklichen.

Andererseits enthält das Gesetz auch etliche Elemente einer Demokratisierung, die Studierenden und MitarbeiterInnen bessere Möglichkeiten geben sollen, ihre Interessen in der Hochschulselbstverwaltung zu vertreten.

So wird anstelle des jetzigen Konvents ein erweiterter Senat für Grundsatzbeschlüsse sowie Wahl und – neuerdings – Abwahl des/der PräsidentIn zuständig sein, in dem die ProfessorInnen nicht mehr die absolute Mehrheit haben. In Studienausschüssen und Berufungskommissionen der Fachbereiche gibt es leichte Verbesserungen der Stimmenverhältnisse. Generell soll das „suspensive Gruppenveto“ für einen gewissen Minderheitenschutz sorgen: Wenn in einem Gremium alle VertreterInnen einer Statusgruppe überstimmt worden sind, können sie verlangen, daß die Angelegenheit auf der nächsten Sitzung noch einmal behandelt wird. Ein Zentrum für Bildungsforschung und Lehrerbildung soll zu einer besseren Vernetzung unter den Lehramtsstudierenden, beitragen, zu einer Bündelung ihrer Interessen und einer besseren Koordinierung zwischen den Fachbereichen führen.

## Keine Experimente!?

Da die Änderungen der Organisationsstruktur ziemlich grundlegend sind und bei allen Gruppen in den Hochschulen auf erheblichen Widerspruch gestoßen sind (freilich aus unterschiedlichen Gründen), hat der Gesetzgeber den Hochschulen zum einen eine Frist bis zum Wintersemester in einem Jahr eingeräumt, in der die neuen Gremien gewählt werden müssen; zum anderen enthält das Gesetz eine Experimentierklausel, die es den Hochschulen erlaubt, ihre Gremien- und Leitungsstruktur auch ganz anders zu organisieren, wobei allerdings „eine den Vorgaben dieses Gesetzes entsprechende Vertretung der Gruppen gewährleistet sein“ muß.

Die alten Gremien dürfen nicht noch einmal gewählt werden; die Amtszeit wird 'einfach' verlängert. Da das für viele Studierende, die sich vor einem Jahr haben wählen lassen, doch recht unverhofft kommt (bei den anderen Gruppen beträgt die Amtszeit ohnehin zwei Jahre), sind Nachwahlen vorgesehen, falls wegen zu vieler Rücktritte sonst Sitze leerstehen müßten.

An der TUD hat nun der Kanzler als oberster Wahlleiter in Absprache mit den Gruppen folgendes Verfahren festgelegt: Die studentischen Mitglieder der Fachbereichsräte wurden – da es in den meisten Fachbereichen keine oder nur wenige NachrückerInnen gab – im Januar neu gewählt. Beim Konvent scheinen auf den meisten Listen noch genügend NachrückerInnen zu stehen, um zumindest über das Sommersemester zu kommen; falls Listen erschöpft sind, können ausnahmsweise die ListensprecherInnen NachrückerInnen nominieren. (Unser Kanzler Seidler hat bei diesem demokratietheoretisch doch ziemlich fragwürdigen Verfahren weniger Bauchschmerzen als bei einer neuen Listenwahl, die in einem eigentlich schon abgeschafften Gremium noch einmal zu einer Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse führen könnte.)

Das ist also der Grund, warum ihr diesmal keine studentischen VertreterInnen in den Konvent wählen konntet.

Ob es in einem Jahr wieder einen Konvent zu wählen gibt, hängt davon ab, ob und was für eine Grundordnung sich die TUD gibt, um die Experimentierklausel zu nutzen. Zur Erarbeitung einer solchen Grundordnung hat der Konvent im November eine Kommission eingesetzt, die bisher zweimal getagt hat. Einige studentischen VertreterInnen verfolgen – gemeinsam mit aufgeschlossenen ProfessorInnen und MitarbeiterInnen – das Ziel, einige Ungereimtheiten in der vom HHG vorgegebenen Gremienstruktur auszuräumen, dabei die Gewinne an Mitbestimmungsmöglichkeiten zu sichern und möglichst auszubauen.

Dazu schlagen wir u.a. vor, wieder einen Konvent einzuführen – allerdings mit der vom Gesetz für den erweiterten Senat vorgesehenen Drittelparität anstelle der jetzigen ProfessorInnenmehrheit – und diesem weitere Beschlußkompetenzen in grundsätzlichen Angelegenheiten zuzugestehen. Eine professorale Mehrheit soll es nur noch da geben, wo sie durch das Hochschulrahmengesetz vorgeschrieben ist („Angelegenheiten, die Forschung, Lehre und Berufungen unmittelbar berühren“), und dort soll ein Teil dieser vielen ProfessorInnen vom gesamten Konvent (und nicht nur von ihrer Gruppe aus) gewählt werden, um dessen Meinungsspektrum besser auf das kleinere Entscheidungsgremium abzubilden (sog. Berliner Wahlmodell).

Daß wir uns mit diesen Vorschlägen bei einigen konservativen ProfessorInnen nicht gerade beliebt machen, ist uns klar; aber zahlreiche Erfahrungsbeispiele aus Fachbereichs- und Hochschulgremien zeigen uns, daß das Eintreten für mehr Mitbestimmung unerläßlich ist, um bessere Studienbedingungen zu erreichen.

# UNTERNEHMEN ZUKUNFT?!

DARMSTADT (tk). Es war einmal ... gegen Ende des vergangenen Jahres. Zwei chinesische Studierende der TU Darmstadt fuhrten mit dem Interregio von Darmstadt nach Frankfurt. Mit sich führten sie ihre Studentenausweise und ihre Kundenkarten der HEAG, die für ausländische Studierende die Ausweispapiere in Verbindung mit dem Semesterticket ersetzen. Nach den Semesterticketvertragsbestimmungen also einwandfreie Fahrscheine für einen Interregio im RMV-Gebiet. Dies sah jedoch die Schaffnerin der Deutschen Bahn ganz und gar nicht so. Sie ließ die Studierenden des Zuges verweisen und dem Bundesgrenzschutz (BGS) „zur Personalienaufnahme“ übergeben. Als Folge dieses un erfreulichen Vorfalles erhielten die zwei Studis einige Tage später Zahlungsaufforderungen über 60DM.

Auf die nun folgenden Anfragen des Akademischen Auslandsamtes, des Verkehrsreferenten des AStA und des RMV antwortete die Fahrpreisnachforderungsstelle der Deutschen Bahn in Frankfurt nur lapidar mit einem Verweis auf eine Inkassogesellschaft in Rastatt, der diese Forderungen abgetreten worden seien. (siehe Fax unten)

Inzwischen verstrich die Weihnachtspause, ohne das sich die besagte Firma auch nur in irgendeiner Weise meldete. In der vergangenen Woche scheiterte ein

ganztägiger Versuch des AStA, sich telefonisch in Rastatt über den Stand der Dinge zu informieren, daran, daß dort niemand den Hörer abnahm. Erst durch beharrliches Nachfragen bei der Deutschen Bahn in Frankfurt konnte man erfahren, daß die Inkassogesellschaft sowieso jede Reklamation einer Fahrpreisnachforderung an die „Zentrale Fahrpreisnachforderungsstelle der Deutschen Bahn“ in Stuttgart weiterleitet.

Dort hatte man noch gar nichts von diesem Vorgang gehört, da er noch nicht weitergeleitet war. Anscheinend lösen in Rastatt Nachfragen verschiedener Universitätsstellen und des Verkehrsverbundes RMV noch keine besonders hohe Bearbeitungspriorität aus. Anders in Stuttgart: Eine Viertelstunde nach unserem ersten, zugegebenermaßen etwas erbosten Anruf wurde uns von dort mitgeteilt, daß die Fahrpreisnachforderungen selbstverständlich niedergeschlagen werden und die besagte Schaffnerin davon in Kenntnis gesetzt wird. Warum nicht gleich so? Auf die zugesicherte schriftliche Bestätigung warten wir sehr gespannt.

Zu guter Letzt teilte uns Stuttgart auch noch mit, daß die Übergabe an den BGS nichts mit der Nationalität unserer zwei Studis zu tun hätte. Dies würde immer so gehandhabt werden. Wie beruhigend ...

Deutsche Bahn 

Geschäftsbereich Fernverkehr  
Regionalbereich Frankfurt/M.  
Fahrpreisnachforderungsstelle RMV

Geschäftsbereich Fernverkehr, Fahrpreisnachforderungsstelle,  
Bismarckstr. 146, 63065 Offenbach am Main

AStA der TU Darmstadt  
Verkehrsreferat  
z.Hd. Herr Christian Eckert  
Hochschulstr. 1  
64289 Darmstadt

Datum und Zeichen: 21.12.98 - FRK 4-7FN 3 -  
Bearbeitung: Herr Litzinger  
Rufnummer: (069) 265-35349  
Fax-Nummer: (069) 265-35336  
Anlage:

Thema: Rhein-Main-Verkehrsverbund  
- [REDACTED] -

Sehr geehrter Herr Eckert,

Herrn [REDACTED] und Herrn [REDACTED] wurden bei der Kontrolle im Zug 2112 Fahrpreisnachforderungen nach dem allgemeinen Tarif der Deutschen Bahn AG ausgestellt. Für die Bearbeitung von Einsprüchen gegen diese Forderungen sind wir leider nicht zuständig. Wir haben deshalb auch Ihr Schreiben an die

Firma  
Credidata GmbH  
Karlstr. 23  
76437 Rastatt  
weitergeleitet.

Bei eventl. Rückfragen bitten wir Sie, sich an diese Stelle zu wenden.

Mit freundlichen Grüßen  
Deutsche Bahn AG

J.A. Abel

Herr Litzinger

Bismarckstraße 146  
63065 Offenbach  
Telefon (0 69) 2 65-5347  
Fax (0 69) 2 65-5336

Deutsche Bahn AG  
Sitz Berlin  
Registrierung  
Berlin-Charlottenburg  
HRB Nr. 50000  
USt-IdNr. DE81569595

Vorsitzender  
des Aufsichtsrats  
Dr.-Ing. E.H. Heinz Durr

Vorsitzender  
Dr. Hans-Joachim  
Ludewig

Klaus Daubertshäuser  
Dr. Horst Fohr  
Dr. Gert Gieseler  
Prof. Dr. Gert Heiser  
Roland Henrich  
Peter Münchschwander

Heinz Neulhaus  
Peter Reinhardt  
Dieterheim Sack  
Dr. Eberhard Sarmecker

# STUDIERN IN SPANIEN

– VON MATTHIAS ENGLERT UND *Silvester Lo Sardo* –

## Teil 1: Unterricht an einer spanischen Universität

Es ist ziemlich schwierig für einen Deutschen, sich im spanischen Unterrichtssystem zurechtzufinden. Es gibt fünf 'cursos', die jeweils ein Jahr dauern. Sie sind in zwei Semesterhälften aufgeteilt, nach denen jeweils Klausuren in jedem Fach geschrieben werden. Diese Klausuren sind die Zulassungsvoraussetzung zum Abschlußexamen im Herbst. Pro Jahr gibt es etwa fünf bis acht Fächer, die zum Teil einsemestrig sind oder semesterweise streng aufeinander aufbauen (egal ob Philosophie, *Soziologie* oder Physik). Jedes Fach wird zwei- bis viermal pro Woche für 50 Minuten unterrichtet. Es gibt in jedem der fünf 'cursos' morgens und abends einen Block von fünf aufeinanderfolgenden Fächern. In manchen Fachbereichen werden aufgrund hoher Studentenzahlen parallele Blöcke angeboten. Das hält die 'grupos' relativ überschaubar. An der Universidad Autonoma de Madrid (16000 Studierende) gibt es zwischen 10 und 50 Studierende pro 'grupo'. *An der Universidad Complutense de Madrid (130000 Studierende) Facultades Somosaguas pro 'asignatura' (Fach) 30-60.* Leider ist der Unterricht sehr verschult. *Es findet Frontalunterricht statt, in dem die Studierenden nach Diktat des Professors mitschreiben. Hierdurch wird jeder Ansatz zum Denken, Reflektieren und Fragen unterdrückt. Kulturelle Repression des zukünftigen "Humankapitals". Die Ambiguität des Lehrer-Studierenden-Verhaltens, die wechselseitige Erwartungshaltung, Wissen vermitteln - Wissen konsumieren, hat sich auch auf jene Professoren übertragen, die versuchen, einen Dialog zu ermöglichen. Die Studierenden reagieren mit Sprachlosigkeit auf das Angebot der Denkfreiheit. Gelähmte Kommunikation. Die Studierenden sind es nicht gewohnt, sich spontan mit einer Thematik auseinanderzusetzen. Habitus der Weihnachtszeit war das kopieren der Mitschriften der Compañeros. (Viva la lucha!!! Es lebe der Kampf!)*

Das heißt vor allem in großen 'grupos' entsteht überhaupt keine Kommunikation. Es sieht vielmehr so aus, daß entweder das Skript der ProfessorIn oder ein Buch **diktirt** wird. Wohlgermerkt: angeschrieben und diktirt wird in der Geschwindigkeit, in der gerade mitgeschrieben werden kann. Und das Mitschreiben ist wichtig, denn der Versuch des Verstehens scheitert häufig aufgrund der hohen Geschwindigkeit, in der die Tafel gelöscht wird. Das Verstehen

der Inhalte ist dann Arbeit für zu Hause.

Also nicht die schöne Lauschevorlesung aus Deutschland mit dem Skript vor einem, in der ein mehr oder weniger begabter Professor zumindest versucht, den Studenten etwas beizubringen. Für mich persönlich sah die Konsequenz genauso aus wie für die meisten SpanierInnen. Ständiges Aufholen und Verstehen der Stunden bis keiner mehr mitkommt. Und dann vor den Prüfungen, die große Marathonaufholjagd.

*Hinzu kommt, daß die von den ProfessorInnen empfohlene Literatur in der Bibliothek der Sozialwissenschaften, Politikwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften vergriffen war. Die Ausleihmöglichkeit an der Complutense de Madrid beschränkt sich auf drei Bücher pro Studierenden, die innerhalb von ein (Autonoma) bis zwei Wochen (Complutense) zurückgegeben werden müssen.*

*Nicht daß die Bibliotheken schlecht wären, im Gegenteil. Aufgrund der Zusammenlegung aller Sozialwissenschaften an die "Außenstelle" Somosaguas de Madrid - Franco hatte die radikalen Studenten aus der Stadtmitte ausquartiert - besteht hier eine wunderbare Zusammenstellung an Bibliotheken, die den Wissenshungrigen weder ausführliche spanische noch ausländische Literatur vorenthalten (110000 Bücher, 1500 Zeitschriftentitel und weiterhin Statistiken, Videos, Datenbanken etc. - allein in der Bibliothek der Soziologie und Politikwissenschaften).*

Das Grundproblem für einen Studierenden, der das deutsche System gewohnt ist, besteht aber in dem schulmäßigen Vorlesungsplan.

Pongamos un ejemplo: (nehmen wir mal ein Beispiel)

## Vorlesungsverzeichnis Philosophie 1 Semester:

Logik I

Geschichte der Philosophie I

Einführung in die Metaphysik

Geschichte der Wissenschaft I

Geschichte des ästhetischen Denkens

Texte der Geschichte der Philosophie

## 2 Semester:

Logik II

Geschichte der Philosophie II

Kulturelle Anthropologie

## Die platonisch augustinische Philosophie Probleme der Logik

Das sieht eigentlich wie ein perfektes Einführungsjahr in die Philosophie aus. Das ist wohl auch richtig, und der schematische Aufbau, der auch in geisteswissenschaftlichen Fächern vorkommt, trägt zu einem breiten Grundwissen bei. In der Physik *und der Soziologie* sieht das ähnlich aus.

Gemeinsamer Eindruck: Aber wo sind die Übungen und Seminare? Wo das eigenständige und gruppenorientierte Arbeiten? Wo die Referate?

Sicher, hätten wir hier angefangen zu studieren, hätten wir in zwei Jahren einen guten Wissensschatz vermittelt bekommen. Hierin liegt die unbestreitbare Stärke des spanischen Systems. Die Schwäche ist die mangelnde inhaltliche Vermittlung. Viele Sachverhalte, Thematiken und Theorien werden nicht bewußt, sondern bleiben unvermittelt, werden nur angesammelt, bis in der Klausur die Repeattaste gedrückt wird, d.h. sie bleiben vereinzelt Wissen. Nur wenige ProfessorInnen vermitteln eine kontextbezogene Einbettung des Wissens. Es wird nur ein

grobes Verständnis vermittelt. Das richtige Verstehen, das Bewußtwerden, Reflexivwerden des Wissens und die darauf bezogene notwendige kritische Reflexion wird bewußt oder unbewußt unterdrückt. Das eigenständige Denken wird wenig geschult.

Genug der bösen Worte, denn in Deutschland ist es anders, aber auch nicht besser.

Es muß auch gesagt werden, daß in Spanien ebenso gut studiert werden kann, und der Unterricht ist für die, die sich in das Spanische System hineinfinden können, nicht besser oder schlechter als der deutsche, von dem wir ja wissen, daß er auch nicht das gelbe vom Ei ist.

Letztendlich ist es so, daß wir durch das breite Spektrum an Fächern, ausreichendes Lehrpersonal und durch 'los españoles saben vivir' angelockt, viel lehrreiche und angenehme Zeit an der Uni verbringen.

Saludos de *Silvester* y Matthias o Matthias y *Silvester*!

En seguida. Nächste Folge: Los burócratas - La Hostia. Scheiß auf alle Bürokraten!

**Offener Brief: Nachfolgend dokumentieren wir auszugsweise einen offenen Brief (vom 22.12.98) an die Redaktion des Hochschulmagazins Unicum. Der Brief stammt vom AStA der Uni Bonn, mehrere ASten und Studierende unterstützten diese Aktion.**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
in der Dezember-Ausgabe Ihrer Zeitschrift veröffentlichen Sie eine achtseitige Anzeige der Konzerne Novartis, Monsanto, AgrEvo und dem Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde. Diese Konzerne sind weltweit führend in der Saatgutproduktion und dafür bekannt, gentechnisch manipuliertes Saatgut mit allen Mitteln auf den Markt bringen zu wollen und dabei mit aggressivsten Strategien um Akzeptanz ihrer Produkte und Vorgehensweisen zu werben. [...]

*Unicum* nennt sich Hochschulmagazin und trägt so zumindest in seinem Namen dem – gemeinhin als wissenschaftlich bezeichneten – Gedanken Rechnung, Themen stets objektiv von mehreren Seiten zu beleuchten. Das gelingt in den verschiedenen Beiträgen mal mehr, mal weniger, doch sind in der Regel Kommentare als solche gekennzeichnet und somit leicht als eindeutige Positionierung zu identifizieren. Nicht so bei der achtseitigen Anzeige: Im Layout der Zeitschrift angepasst, gaukelt sie der Leserin/dem Leser

ein vermeintliches Schwerpunktthema vor, so dass diese/dieser erst bei intensiver Lektüre der Texte stutzig wird. Ein so klares Ja zu gentechnisch manipulierten Produkten verträgt sich nicht mit dem geringsten journalistischen geschweige denn wissenschaftlichen Anspruch. Wer und was steckt also dahinter? Die Suche mit der Lupe bringt des Rätsels Lösung: AHA! Dieser mehrseitige Beitrag ist eine Anzeige! Gut versteckt findet sich dieses Wort in den oberen Ecken – immerhin auf jeder Seite.

Keine erkennbare optische Abgrenzung, keine kritische Stimmen im redaktionellen Teil der Zeitschrift – hat *unicum* das nötig? Ist eines der meistgelesenen Hochschulmagazine so bettelarm, dass es auf die Mega-Anzeigen dieser Art angewiesen ist und sich derart prostituieren muß, oder will es der Gentechniklobby ganz bewusst ein Forum bieten?

Sollte dies der Fall sein, so ist es unseres Erachtens die bessere Lösung, die Zeitschrift aufzulösen und die Redaktion in den Presseabteilungen der oben genannten Konzerne unterzubringen. Falls nicht, wünschen wir uns, von Ihrer Zeitschrift zukünftig nicht nochmals derart hinters Licht geführt zu werden.

Mit freundlichem Gruß  
Ihre Zielgruppe

# ÜBER LEICHEN ZUM EXAMEN? TIERVERSUCHE IM BIOLOGIE-, MEDIZIN- UND TIERMEDIZINSTUDIUM

– VON SATIS E.V. –

## Hintergrund

Vor über 200 Jahren begann die ganze Misere. Der italienische Arzt Aloysius Galvani seziierte einen Frosch und entdeckte durch Zufall die elektrische Muskelreizung. Das war im Jahre 1791.

Doch auch im Wintersemester 1998/99 werden an deutschen Hochschulen die Scheren gezückt, um Tausenden von Krallenfröschen den Kopf abzuschneiden, ihre Oberschenkel in Meßapparaturen zu spannen und die Muskelzuckung auf einen Oszillographen zu übertragen. Zur Veranschaulichung "klassischer" physiologischer Vorgänge, deren Abläufe längst bis zur molekularen Ebene hinab bekannt sind.

In den sogenannten "Schnippelkursen" warten zuvor getötete Regenwürmer, Insekten, Krebse, Seesterne, Schnecken, Fische, Frösche, Hühner, Hamster, Mäuse und Ratten darauf, von den StudienanfängerInnen der Biologie, Medizin und Tiermedizin zerlegt zu werden. Zur Verdeutlichung der tierischen Anatomie, die nach der Sektion meist doch aus dem Lehrbuch abgezeichnet wird.

Über 60 000 Tiere jährlich werden alleine in den Pflichtpraktika eigens für diesen Zweck an deutschen Hochschulen getötet. Das ergab eine Studie, die von SATIS e.V., dem Bundesverband studentischer Arbeitsgruppen gegen Tiermißbrauch im Studium, durchgeführt wurde.

## Der Protest

Während auf professoraler Seite Tierversuche meist als unverzichtbarer Bestandteil der naturwissenschaftlichen Ausbildung betrachtet werden, wird in der Gesellschaft, Teilen der Wissenschaft und vor allem unter den Studierenden die Forderung nach einer Ausbildung ohne Tierversuche immer lauter. Begründet wird dies mit ethischen, wissenschaftlichen, didaktischen und verfassungsrechtlichen Argumenten, insbesondere mit dem durch die Verfassung geschützten Recht auf Gewissensfreiheit. Studierende sollen nicht gegen ihre Überzeugung gezwungen werden, im Rahmen ihrer Ausbildung durch aktives oder passives Mitwirken (z. B. Protokollführen) an Tierversuchen teilzunehmen.

Etwa 30 Gerichte mußten in der Vergangenheit darüber entscheiden, ob die ebenfalls in der Verfassung garantierte Freiheit der Forschung und Lehre oder die Gewissensfreiheit der betroffenen Studierenden das höhere Rechtsgut darstellt. Bislang gab es in der Rechtsprechung – die jeweils nur für den Einzelfall Gültigkeit besitzt – keine einheitliche Linie.

Einige Studierende konnten ihr Recht auf Gewissensfreiheit, das heißt auf ein Praktikum ohne Tierversuche, vor Gericht erfolgreich durchsetzen. Erfolgreich waren vor allem Studierende der Medizin. Drei Biologie-StudentInnen, die bislang keinen juristischen Erfolg hatten, reichten im Frühjahr 1998 unabhängig voneinander Verfassungsbeschwerden ein. Doch soweit muß es nicht kommen. In vielen Fällen bringen konstruktive Gespräche mit aufgeschlossenen PraktikumsleiterInnen die selben Ergebnisse, insbesondere, wenn sich viele gleichgesinnte Studierende zusammenschließen.

## Die Situation an den Hochschulen

Zur Zeit verzichten in Deutschland lediglich fünf Hochschulen im Fachbereich Medizin auf jeglichen "Tierverbrauch", in Veterinärmedizin keine einzige, ebensowenig im Fach Biologie (Abschlüsse Diplom und Lehramt Sek. II<sup>1</sup>). Zählt man diejenigen Hochschulen dazu, an denen zwar "Tierverbrauch" stattfindet, dieser jedoch von den Studierenden umgangen werden kann, ergibt das für Medizin 15 Hochschulen und für Biologie eine. In der Veterinärmedizin bleibt es bei 0 (Tab. 1).

**Tab. 1:** Anzahl der Hochschulen ohne "Tierverbrauch" bzw. mit Ausweichmöglichkeiten (Quelle: SATIS-Studie)

	Biologie Dipl. u. Sek. II	Medizin	Veterinärmed.
ohne "Tierverbrauch"	0	5	0
mit Ausweichmöglichkeiten	1	10	0
Summe	1	15	0

<sup>1</sup>Für die Abschlüsse Biologie Lehramt und Sek. I ist die Situation etwas besser, wenngleich ebenfalls unbefriedigend

Fast alle der in der SATIS-Studie befragten PraktikumsleiterInnen gaben an, daß sich in ihren Kursen Studierende befinden, die aus ethischen Gründen nicht an Tierversuchen teilnehmen möchten. Während sich die durchschnittliche Anzahl dieser offenen Verweigerer zwischen eins und zehn bewegt, handelt es sich manchmal um bis zu einem Drittel des gesamten Kurses.

## Die Alternativen

Das Argument, es gäbe keine geeigneten Alternativmethoden, wird tagtäglich an den deutschen Hochschulen widerlegt. Die SATIS-Studie dokumentiert, daß eine breite Fülle von über 200 verschiedenen Alternativen bereits erfolgreich eingesetzt wird. Die häufigsten Alternativmethoden sind Selbstversuche, Filme und Computersimulationen (Tab. 2).

**Tab. 2:** An deutschen Hochschulen in den Studiengängen Biologie, Medizin und Veterinärmedizin eingesetzte Alternativmethoden (Quelle: SATIS-Studie)

	Biologie	Medizin	Veterinärmedizin
Filme	28	25	9
Computersimulationen	9	23	5
Modelle	21	20	3
Dauerpräparate	22	3	4
Selbstversuche	15	29	2
Sonstiges	20	1	1

Die didaktische Bewertung dieser Alternativen seitens der befragten HochschullehrerInnen, aber auch der damit arbeitenden Studierenden, fällt überwiegend positiv aus. Berechtigterweise muß also die Frage gestellt werden, wie das Festhalten an überholten Lehrmethoden zu rechtfertigen ist.

**Oft kommt aber der entscheidende Impuls von Studierenden der ersten Semester! Wartet nicht zulange, sondern werdet aktiv und sucht Gleichgesinnte!**

Ebenso unverstänglich ist, warum das Erreichen eines identischen Ausbildungsziels an einigen deutschen Hochschulen nur durch die Teilnahme an Tierversuchen möglich sein soll, während anderenorts ausschließlich mit Alternativmethoden gearbeitet wird. Ganz davon zu schweigen, daß Studierende an

der einen Hochschule dazu gezwungen sind, ihr Studium abzubrechen, während sie an einer anderen bei gleichem Verhalten keinerlei Schwierigkeiten ausgesetzt sind.

## SATIS e.V.

Der Mißbrauch von Tieren als Anschauungs- und Demonstrationsobjekt ist an deutschen Hochschulen noch immer die Regel, obwohl rund 80% der Studierenden sich den konsequenten Einsatz von Alternativmethoden wünschen.<sup>2</sup>

**An vielen Unis gibt es Arbeitsgruppen, die sich gegen den Tiermißbrauch organisieren – fragt in Eurer Fachschaft oder im ASTA/USTA! Oder wendet Euch direkt an SATIS!**

Der Bundesverband SATIS e.V. arbeitet auf vielen Ebenen daran, die studentische Forderung nach einer Ausbildung ohne Gewissenskonflikte umzusetzen:

- Informationsaustausch auf bundesweiten Arbeitstreffen
- detaillierte Informationen zur Situation an den deutschen Hochschulen
- Mitwirkung in politischen Gremien
- Unterstützung klagender Studierender

Für weitere Informationen:

SATIS e.V., Vaihinger Straße 6, 70567 Stuttgart, Tel.: 0711/71 43 02

Internet: <http://www.tierschutz.de/SATIS/>

## Literatur:

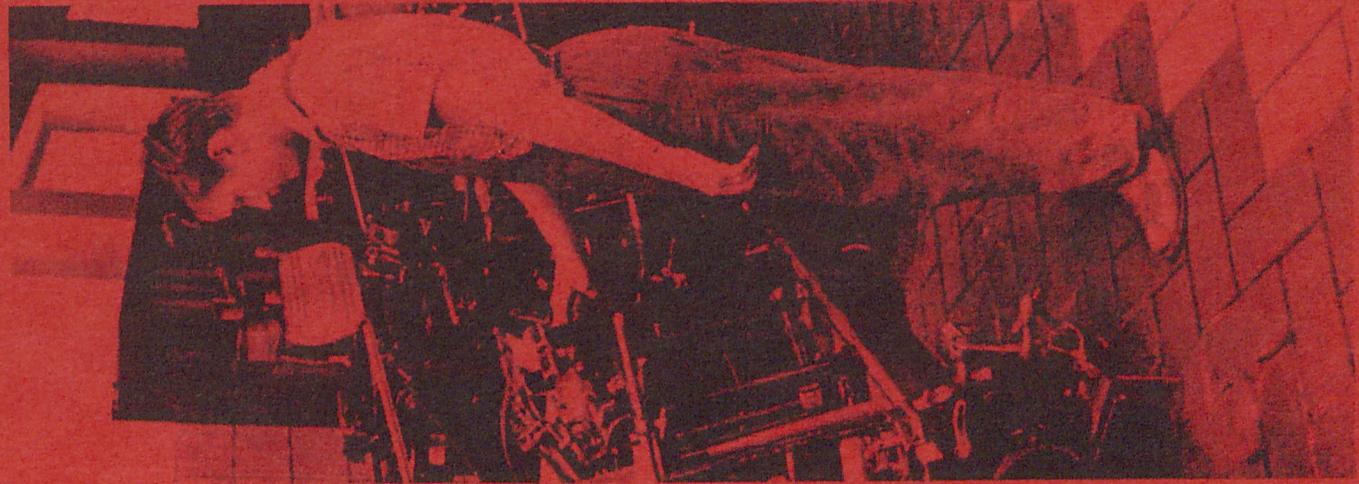
Gericke C., Völlm B., Rieg T., Keller M. SATIS-Studie '95. Erfassung des Tierverbrauchs und des Einsatzes von Alternativmethoden im Studium an deutschen Hochschulen, 367 S. Timona, Bochum 1996

Rieg T., Völlm B., Feddersen A., Gericke C. Über Leichen zum Examen? Tierversuche im Studium, 458 S. Timona, Bochum, 2. Aufl. 1996

Zinko U., Jukes N., Gericke C. From guinea pig to computer mouse. Alternative methods for a humane education, 229 S. Euroniche, Leicester 1997

<sup>2</sup>Gericke et al. 1996. S. 19

## ...wir suchen einen Drucke



### wir bieten...

mindestens  
20 Stunden bezahlte  
Arbeit im Monat  
und regelmäßig  
schwarze Finger

### wir suchen...

einen Studenten mit  
technischem  
Interesse und Spaß an  
Teamarbeit

### Bewerbungen...

bis 8. Februar  
an den  
ASTA der TUD oder  
direkt an  
die Druckerei

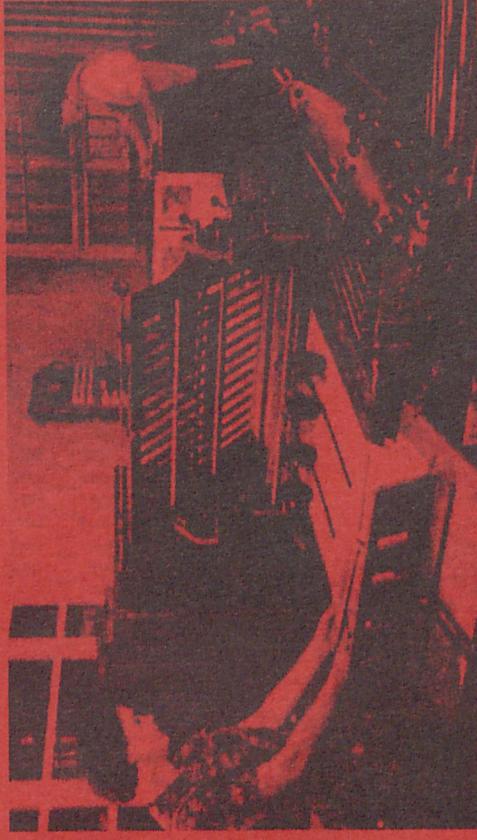


**DRUCKEREI**  
**ASTA**

## ...wir suchen eine Druckerin.

### wir bieten...

mindestens  
20 Stunden bezahlte  
Arbeit im Monat  
und regelmäßig  
schwarze Finger



### wir suchen...

eine ausländische  
Studentin mit technischem  
Interesse und Spaß an  
Teamarbeit

### Bewerbungen...

bis 8. Februar  
an den  
ASTA der TUD oder  
direkt an  
die Druckerei



**DRUCKEREI**  
**ASTA**

